

ÖkologiePolitik

Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei

Nr. 203 | Juni 2026

ENTWURF

Was kann ich
für dich tun?



Digitalisierung und KI

ödp

Titelthema: Digitalisierung und KI

4 Kurzmeldungen

von Prof. Dr. Herbert Einsiedler

6 Digitale Souveränität

„Mehr Transparenz!“

Interview mit Sascha Pallenberg

10 Meinungsbildung

„Ran an die Monopole!“

Interview mit apl. Prof. Dr. Martin Andree

14 Deepfakes

„Angriff auf die Wahrheit, Gefahr für unsere Demokratie“

von Thomas Löb

16 EU-Gesetzgebung

Digital-Omnibus – Kniefall vor den Tech-Konzernen

von Dr. Andrea Brieger

ÖDP – Neues aus der Partei

22 Bundesvorstand

„Wo sind wir noch Biene, wo sind wir noch Stachel!?“

von Günther Brendle-Behnisch

24 Bundesverband

Vision Ökologisches Deutschland –
ein Fazit nach einem Jahr Schwarz-Rot

26 Der Ökologische Rat der ÖDP

28 EU-Abgeordnete Manuela Ripa

Herausforderungen der Digitalisierung
aus europäischer Sicht

31 JÖ – jung. ökologisch

Gründung des Großverbands West

32 Landesverbände

38 Bundesarbeitskreise

39 MOD-Stiftung

Gemeinsam für eine gemeinwohlorientierte
Gesellschaft

40 ÖDP aktiv!

Auch in einer „digitalen Stadt“ braucht es
menschliches Engagement

43 Termine



Foto Baum: Ungureanu Liviu/shutterstock.com; Foto Tigelise: arnyangel/pixabay.com

Liebe Leserinnen und Leser,

EDITORIAL

Von der Leyen auf Atom-Irrweg

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete die Abkehr von der Kernkraft als „strategischen Fehler“ und bedauerte das Schrumpfen des Atomkraft-Anteils am europäischen Energiemix auf inzwischen 15 %. Sie kündigte Risikoabsicherungen in Höhe von 200 Mio. Euro für private Geldgeber an, die in neue Atomtechnologien investieren. Die Mittel dafür sollen aus unserem Emissionshandel kommen. Dafür erntet die CDU-Politikerin harsche Kritik des ÖDP-Bundesvorsitzenden Günther Brendle-Behnisch: „Das ist der absolut fal-



Foto: Wolfgang/pixabay

sche Weg, die Energieengpässe zu beseitigen. Wir sollten lieber konsequent erneuerbare Quellen ausbauen, die uns unabhängig von Krisenherden und Autokraten und vor allem sicherer und ohne das noch immer ungelöste Atommüllproblem beliefern.“

Kommunen haben Recht auf mehr Geld

Da deutsche Kommunen vom Bund immer mehr Aufgaben zugewiesen bekommen, nicht aber die dafür notwendigen Finanzmittel, geraten sie flächendeckend immer mehr in eine finanzielle Schieflage. ÖDP-Bundesvorsitzender Günther Brendle-Behnisch fordert deshalb: „Wer anschafft, muss zahlen!“ Er erinnert daran, dass die



Kommunen ein vom Grundgesetz garantiertes Recht haben, dass ihnen der Staat die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellt.

Rhein ist stark schadstoffbelastet

Eine Recherche von „Correctiv“ offenbart, dass bis zu 30.000 chemische Stoffe – teilweise unbekannt! – über die Industrie,



Foto: Didge/man/pixabay

die Landwirtschaft und Kläranlagen in den Rhein eingeleitet werden. ÖDP-Generalsekretär Claudius Moseler fordert deshalb, die Rheingütestation in Worms, die von den drei Bundesländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen betrieben wird, technisch weiter mit modernen Messgeräten aufzurüsten, um weitere Einleitungen in den Rhein rechtzeitig melden zu können und die Wasserwerke zu warnen, die aus Uferfiltrat Trinkwasser gewinnen. Gleichmaßen muss auf Industrie und Landwirtschaft hingewirkt werden, die Anzahl chemischer Stoffe deutlich zu reduzieren.

Lebensmittelproduktion ist zu unsicher

Anlässlich der Agrarministerkonferenz stellte das Bayerische Agrarbündnis seine Positionen zur zukünftigen Agrarpolitik vor. Es fordert eine Landwirtschaft, die die Lebensgrundlagen achtet, Wasser sauber,

Böden gesund hält sowie die Artenvielfalt und das Klima schützt. Die ÖDP Bayern unterstützt diesen Appell und verweist zudem darauf, dass z. B. durch geopolitische Ereignisse wie die Blockade der Straße von Hormus Düngemittel knapp und Nahrungsmittel teuer werden können. „Unsere Lebensmittelproduktion muss unabhängiger werden“, fordert Agnes Becker, Co-Landesvorsitzende der ÖDP Bayern.

Bayern streicht Vorgaben zur Artenvielfalt

In dem vom Bayerischen Landtag verabschiedeten „4. Modernisierungsgesetz“ werden unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus erstmals Vorgaben aus dem von der ÖDP initiierten Volksbegehren



Foto: ClaraMD/pixabay

„Artenvielfalt & Naturschönheit – Rettet die Bienen!“ gestrichen. Betroffen sind essenzielle Informationsquellen wie die Berichte zum Biotopverbund, zur Biolandwirtschaft und zum Zustand der Natur in Bayern. Der Trägerkreis des Volksbegehrens sieht hier einen Präzedenzfall, der weitere Änderungen und Schwächungen des Naturschutzrechts nach sich ziehen könnte.

Erfolgreiche Petition für Schlachttierschutz

Über 28.000 Unterschriften sammelte die ÖDP mit ihrer Petition „Videoüberwachung in Schlachthöfen“ und reichte diese beim Petitionsausschuss des Deutschen

Bundestags ein. Die Petition fordert besseren Schutz von Schlachttieren vor unnötiger Tierquälerei durch eine lückenlose



Foto: BlackRiv/pixabay

Überwachung der tierschutzrelevanten Bereiche in Schlachthöfen. Veterinärämter sollen die Videoaufnahmen stichprobenweise kontrollieren. Dies geht weit über einen vom Bundeslandwirtschaftsministerium angekündigten Gesetzentwurf hinaus.

Erfolgreiche Petition für Trinkwasserschutz

Über 10.000 Unterschriften sammelte die ÖDP Bayern mit einer Petition, die einen konsequenten Vorrang der Trinkwasserversorgung gegenüber allen anderen Interessen



Foto: Raif1403/pixabay

fordert. Die Petition „Trinkwasserschutz als Staatsziel in die Verfassung!“ wurde beim Bayerischen Landtag eingereicht. Am Weltwassertag erinnerte der ÖDP-Bundesvorsitzende Günther Brendle-Behnisch daran, dass Wasser ein Gemeingut ist und für alle, die es nutzen wollen, einen angemessenen Preis haben muss – nicht nur für private Haushalte.



Foto: Prallt / Pixabay

Digitale Souveränität

Mehr Transparenz!“

Europa ist von digitaler Souveränität weit entfernt. Es ist abhängig von US-Technologie. Dadurch gelingt es US-Tech-Konzernen immer wieder, ihre Interessen durchzusetzen und für sie nachteilige Regulierungen zu verhindern. Das hat fatale Konsequenzen für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie.

Interview mit Sascha Pallenberg

ÖkologiePolitik: Herr Pallenberg, wie abhängig sind Deutschland und Europa von den US-Tech-Konzernen?

Sascha Pallenberg: So abhängig, wie wir es zulassen – aber dann müssten wir schon ein paar Schritte weiter sein. Wenn wir uns die Entwicklung in den letzten 40 bis 50 Jahren anschauen, wurde natürlich die Software unserer digitalen Infrastruktur maßgeblich von US-amerikanischen Unternehmen geprägt. Marktführer bei den Betriebssystemen ist Microsoft, ebenso bei den Office Suites. Danach kommt Apple, das auch bei den Smartphones einen hohen Marktanteil hat. Auch die größten Cloud-

„Digital unabhängiger zu werden, ist eine Generationenaufgabe. Und stößt auf großen Widerstand von Lobbyorganisationen der US-Tech-Konzerne.“

Anbieter kommen alle aus den USA, ebenso die größten Social-Media-Plattformen und Suchmaschinen. Das ist eine Abhängigkeit, die viel stärker ist als die im Energiesektor, wo sich in relativ kurzer Zeit auf dem Weltmarkt andere Lieferanten finden lassen. Digital unabhängiger zu werden, ist ungleich schwieriger und eine Generationenaufgabe.

Und stößt natürlich auf großen Widerstand von Lobbyorganisationen der US-Tech-Konzerne. Der Weg in die digitale Souveränität ist steinig und noch sehr lang.

Welche Gefahren lauern in dieser Abhängigkeit für unsere Demokratie?

Wir konnten in den letzten 15 Jahren gut erleben, was Algorithmen für demokratische Gesellschaften bedeuten. Aktuell ist in Meinungsumfragen die AfD erstmals

mich die Wurzel allen Übels! – unter den eigenen Posts geklickt wird? Von den negativen Auswirkungen wissen wir nicht erst seit gestern, aber wir sind sehr langsam, darauf zu reagieren, Maßnahmen dagegen zu

„Der Weg in die digitale Souveränität ist steinig und noch sehr lang.“



Sascha Pallenberg

Jahrgang 1971, begann seine Berufslaufbahn bei der Bundeswehr, gründete und betrieb anschließend mehrere IT-Unternehmen und -Blogs, arbeitete von 2017 bis 2020 für den Autokonzern Daimler als Head of Digital Transformation und ist seit 2021 als Chief Awareness Officer bei der Nachhaltigkeitsplattform „Aware“ sowie als Blogger und YouTuber tätig. Seit 2009 lebt er in Taiwan.

www.saschapallenberg.com

entwickeln und umzusetzen. Gegen sämtliche Social-Media-Anbieter laufen EU-Verfahren im Rahmen des Digital Market Act, damit sie bestimmte Praktiken einstellen. Die Gefahr ist, dass diese Social-Media-Plattformen und Algorithmen ausgenutzt werden – von Staaten, von politischen Bewegungen, aber auch von profitorientierten Konzernen. Während die einen daran interessiert sind, unseren Glauben in die Demokratie zu erschüttern und zu schwächen, sind die anderen daran interessiert, möglichst viel Geld zu verdienen.

stärkste Partei in Deutschland. Das hat eine ganze Menge damit zu tun, wie erfolgreich sie auf Social-Media-Plattformen ist. Dort sind die angebotenen Inhalte algorithmengetrieben und erzeugen sogenannte Echo-kammern. Nutzern werden vorwiegend solche Informationen angeboten, die sie schon mal angeklickt haben. Wir wissen seit vielen Jahren durch Studien, welche negativen Auswirkungen dies hat – vor allem auf junge Menschen. Auf Instagram werden jungen Menschen unter anderem auch fragwürdige Schönheitsideale vorgelebt. Was macht das mit heranwachsenden Menschen, deren Wertehorizont noch nicht ausgebildet ist, die ihre Position in der Gesellschaft noch suchen, die sich geschmeichelt fühlen, wenn der Like-Button – für



Foto: pokemon / Pixabay

Wie veränderte der Blick aus Taiwan Ihre Wahrnehmung der deutschen und europäischen Digitalpolitik?

Die Distanz zu Europa und die Nähe zu China, in dem es keinen freien Zugang zum Internet gibt, verändert die Sichtweise tatsächlich fundamental. Vor allem in Bezug

„Europa muss vor allem den US-amerikanischen und chinesischen Lobbyismus in Brüssel stoppen!“

darauf, wie wichtig Demokratie ist. Hier in Taiwan wird die Demokratie noch gefeiert, in Europa jedoch zunehmend als etwas gesehen, was uns hemmt – das tut schon weh. Ebenso zu sehen, wie langsam wir dabei

sind, digitaler zu werden. Demokratie wird vor allem dann interessant, wenn sie zum Mitmachen einlädt. Demokratische Prozesse ins Digitale zu verlagern, würde viel

„Wir werden nicht nachhaltiger, wenn wir nicht digital souveräner werden.“

mehr Menschen ermöglichen, genau dies zu tun. Demokratie darf nicht nur bedeuten, alle paar Jahre seine Stimme einer bestimmten Partei zu geben.

Was können Deutschland und Europa von Taiwans Digitalpolitik lernen?

Open-Government-Plattformen, Transparenz herstellen, Teilnahme ermöglichen, mehr Diskussionen auf Augenhöhe, mehr



Foto: tungyao/h/pixabay

Bürgerdialoge – das ist sehr wichtig. Und das kann ich hier in Taiwan ganz anders erleben als in Deutschland.

Welche konkreten Maßnahmen sind für mehr digitale Souveränität am wichtigsten und dringendensten?

Europa muss vor allem den US-amerikanischen und chinesischen Lobbyismus in Brüssel stoppen! Wir brauchen strengere Richtlinien für Lobbyisten! Wir müssen schneller werden – in der Legislative, Judikative und Exekutive –, um die großen Konzerne in ihre Schranken zu weisen, um schneller durch die Instanzen zu kommen, um schneller zu Urteilen zu kommen! Sonst lachen die sich alle kaputt. Auch weil sie die Beträge, zu denen sie ab und zu verdonnert werden, aus der Portokasse zahlen können.

Welche Maßnahmen sind bei der Digitalisierung für mehr ökologische Nachhaltigkeit wichtig?

Auch hier wieder: Transparenz. Die transparente Darstellung von Prozessen ermöglicht, sie zu optimieren. Das Grundprinzip von Digitalisierung ist Nachhaltigkeit – im Sinne von Effizienzsteigerung: mit weniger Energie und Ressourcen schneller zu Ergebnissen kommen. Wir werden aber nicht nachhaltiger, wenn wir nicht digital souveräner werden, wenn die Lobbyisten

„Wir wissen seit vielen Jahren, welche negativen Auswirkungen Social Media hat – vor allem auf junge Menschen.“

aus dem Silicon Valley der EU Gesetzesvorlagen mehr oder weniger diktieren. So wie aktuell bei den KI-Rechenzentren, dass diese keinen ökologischen Fußabdruck ausweisen müssen. Bei jedem Produkt, das



Sascha Pallenberg
MeTacheles
Newsletter & Podcast
www.metacheles.de

Sascha Pallenberg
Medium
Blog
<https://pallenberg.medium.com>

Sascha Pallenberg
Europas KI-Rechenzentren – So diktiert Big Tech die Gesetze!
MeTacheles, 20.04.2026
www.t1p.de/v92ad

Sascha Pallenberg
Für mehr „Entpörrung“ oder wie der Like-Button das Internet zerstört
Medium, 23.03.2022
www.t1p.de/w5ido

Thomas Löb
Digitale Abhängigkeit von den USA
ÖkologiePolitik, 22.04.2026
www.t1p.de/hh7mw

Thomas Löb
Social-Media-Zugang: Erst ab 16!
ÖkologiePolitik, 16.04.2026
www.t1p.de/sqo2e

in Europa verkauft wird, müssen die Umweltauswirkungen offengelegt werden, die der KI-Rechenzentren jedoch nicht. Die

„Hier in Taiwan wird die Demokratie noch gefeiert, in Europa jedoch zunehmend als etwas gesehen, das uns hemmt – das tut schon weh.“

dürfen geheim bleiben, um Microsoft und Amazon nicht wehzutun. Das ist gruselig. Wir brauchen hier viel mehr Transparenz! Dann kann Digitalisierung der wichtigste Hebel für mehr Nachhaltigkeit sein. Vor allem für wirklich gesamtheitliche Nachhaltigkeit.

Herr Pallenberg, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Meinungsbildung

„Ran an die Monopole!“

2020 war ein Kipppunkt: Seither informieren sich die Deutschen mehr übers Internet als über Printprodukte. Das bedeutet, dass die großen US-amerikanischen Tech-Konzerne die Meinungsbildung massiv beeinflussen können. Denn sie bestimmen, welche Inhalte auf ihren Plattformen sichtbar sind und welche nicht.

Interview mit apl. Prof. Dr. Martin Andree

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Andree, sowohl die großen US-Tech-Konzerne als auch Rechtspopulisten wie Donald Trump und die AfD sehen die Meinungsfreiheit bedroht. Meinen die das Gleiche?

Prof. Dr. Martin Andree: Das Narrativ stammt ursprünglich von den Tech-Konzernen, wurde dann von netzaktivistischen Gruppierungen weiterentwickelt, typischerweise im Zusammenhang mit „Zensur“-Debatten zur potenziellen Sperrung von strafbaren Inhalten im Internet, dann von Trump aufgegriffen. Die AfD, aber auch libertäre Teile der FDP, die Springer-Medien und andere betreiben das Trump-Narrativ

„Die Medien konstituieren die Grundlage unserer Demokratie.“

hierzulande wie ein Franchise – es ist tatsächlich weitestgehend von dort kopiert. Wichtig ist, dass unter dem Deckmantel einer angeblichen „Befreiung“ der Medien die Grundlage der Meinungsfreiheit selbst abgeschafft wird, nämlich die souveräne Gestaltung des öffentlichen Forums durch die demokratische Gemeinschaft – denn genau diese Souveränität wird ja von Trump



apl. Prof. Dr. Martin Andree
 Jahrgang 1971, studierte Medienwissenschaften, promovierte, arbeitete von 1999 bis 2028 bei Henkel im Marketing, habilitierte und ist seit 2018 an der Universität zu Köln als außerplanmäßiger Professor mit Schwerpunkt „Digitale Medien“ tätig. 2019 gründete er das Unternehmen AMP Digital Ventures für KI und digitale Innovation.
www.martinandree.com

und den Tech-Konzernen abgelehnt. Diese wollen das demokratische Forum selbst gestalten und kontrollieren.

Welchen Einfluss haben die US-Tech-Konzerne auf die öffentliche Meinungsbildung?

In digitalen Medien sind etwa 60% der massenmedialen Aufmerksamkeit gebündelt, ein Großteil der demokratierelevanten Öffentlichkeit in den Monopolen der Tech-Konzerne.

Wie gelang es den US-Tech-Konzernen, den Wettbewerb und die Meinungsvielfalt abzuschaffen?

Sie haben zum einen die natürlichen Netzwerkeffekte genutzt und zum anderen nützliche Regelungen durchgedrückt.

Netzwerkeffekte könnte man einfach durch offene Standards auskontern, die ja auch das World Wide Web die ersten 15 Jahre vor Monopolstrukturen bewahrt hat. Aber man hat den Tech-Konzernen erlaubt, ihre Plattform-Silos durch geschlossene Standards abzusichern. Man hat ihnen ferner ermöglicht, die Nutzer quasi in den Plattformen einzumauern, etwa durch die Herunterregelung von Outlinks. In meinem

„Wenn die Tech-Konzerne Informationen kontrollieren und manipulieren, dann haben wir keine freien Medien mehr.“

Buch „Big Tech muss weg“ beschreibe ich rund 15 solcher Kniffe und Tricks, mit denen die Tech-Konzerne offene Märkte und fairen Wettbewerb abgeschafft haben.



Am schlimmsten ist, dass die Tech-Konzerne sich den Traffic einfach selbst zuschieben, weil ihnen die Gateways gehören – also etwa Google, das überproportional auf YouTube aus demselben Konzern wei-

„Unter dem Deckmantel einer angeblichen Befreiung der Medien wird die Grundlage der Meinungsfreiheit abgeschafft.“

terleitet. Diese Selbstbevorzugung haben auch unsere Messungen auf breiter Front belegt.

Wer profitiert außer den US-Tech-Konzernen von dieser Entwicklung?

Niemand.

Ist unsere Demokratie dadurch bedroht?

Die Medien konstituieren die Grundlage unserer Demokratie. Wenn es in der digita-

apl. Prof. Dr. Martin Andree,
Prof. Dr. Karl-Nikolaus Peifer
**Vorschläge für Maßnahmen zur
Wiederherstellung von Vielfalt und
Wettbewerb in digitalen
Medienmärkten**
– Medienstaatsvertrag –
www.mstv2go.de

Interview mit Martin Andree
Digitale Sicherheit
Neu Denken, 09.12.2025
<http://y2u.be/k302KsDbcPc>

Vortrag von Martin Andree
Krieg der Medien
TEDxFribourg, 24.11.2025
<http://y2u.be/etZTCAhwCX8>

Interview mit Martin Andree
Krieg der Medien
ZIB Magazin, 05.11.2025
<http://y2u.be/p2D1fip02kM>

Martin Andree, Karl-Nikolaus Peifer
Befreit das Netz
Süddeutsche Zeitung, 08.02.2024
www.t1p.de/4lhse

Vortrag von Martin Andree
Big Tech muss weg
Verlegerverband Schweizer Medien,
11.01.2023
<http://y2u.be/7glUaHXrf4U>

Günther Burbach
**Tech-Konzerne:
Das System über dem System**
NachDenkSeiten, 17.04.2026
www.nachdenkseiten.de/?p=149164

Detlef Koch
**„Technofeudalismus“ –
das Geschäftsmodell der Macht**
NachDenkSeiten, 12.04.2026
www.nachdenkseiten.de/?p=148954

Günther Burbach
**Zwischen Freiheit und Kontrolle:
Wer bestimmt die Regeln der
digitalen Welt?**
NachDenkSeiten, 08.04.2026
www.nachdenkseiten.de/?p=148806

Bernardo Cantz
**KI-Agenten kapern den
demokratischen Diskurs**
Telepolis, 15.03.2026
<https://telepolis.de/-11211478>

len Welt Monopole gibt und die Tech-Konzerne diese nutzen, um Informationen für ihre eigenen Zwecke zu kontrollieren und zu manipulieren, dann haben wir keine freien Medien mehr. Dass Elon Musk für die AfD in Deutschland Wahlkampf über

**„Die US-Tech-Konzerne wollen
das demokratische Forum selbst
gestalten und kontrollieren.“**

seine Plattform X macht, zeigt, dass dieser Zustand längst eingetreten ist.

**Lässt sich diese negative Entwicklung stoppen
und korrigieren?**

Tragisch ist, dass man das tatsächlich recht einfach lösen könnte. Man müsste aber an die Kernprobleme ran – also an die Monopole –, indem man etwa die Tech-Konzerne dazu zwingt, ihre Plattformen für Outlinks komplett zu öffnen, damit auch Traffic außerhalb der Monopole wieder möglich wird. Man müsste sehr große Plattformen durch offene Standards interoperabel machen. Und man müsste den regulatorischen Grundfehler des Internets kurieren: dass nämlich milliarden schwere Wirtschaftsakteure bis heute mit strafbaren

**„Man hat den Tech-Konzernen
erlaubt, ihre Plattform-Silos
durch geschlossene Standards
abzusichern.“**

Inhalten Geld verdienen dürfen, ohne dafür zu haften. Das Haftungsprivileg könnte sogar fortbestehen – mit dem entscheidenden Unterschied, dass sich die Digitalkonzerne dann einfach entscheiden müssen, wie sie monetarisieren wollen. Wenn sie nicht haften wollen, kein Problem, dann sind sie

eben Netzwerke, dürften aber keine Inhalte zu Geld machen wie redaktionelle Medien. Wenn sie lieber mit Inhalten Geld verdienen wollen – auch kein Problem, aber dann müssen sie haften.

**Warum wurde von der Politik bislang nichts
unternommen?**

Weil es bis heute keine Debatte gibt. Und weil die unterschiedlichen kritischen Strömungen untereinander hoffnungslos unterschiedliche Visionen besitzen, wie ein freies Internet denn aussehen müsste. Nehmen Sie gern meinen Punkt oben zum Thema Haftung und fragen sie dazu mal Netzaktivis-

**„Man müsste die Tech-Konzerne
dazu zwingen, ihre Plattformen für
Outlinks komplett zu öffnen.“**

ten: Viele denken bis heute, dass wir bei einer Haftung der Plattformen „das Ende des Internets, wie wir es kennen“ erleben würden. Das ist natürlich Quatsch. Erinnern Sie sich, als 2018 die Künstler und Autoren ge-



Foto: eralt/pixabay

Martin Andree
Krieg der Medien
Dark Tech und Populisten
übernehmen die Macht
Campus, August 2025
256 Seiten, 28.00 Euro
978-3-593-52098-8
www.kriegdermedien.de



Martin Andree
Big Tech muss weg!
Die Digitalkonzerne zerstören
Demokratie und Wirtschaft
Campus, August 2023
288 Seiten, 25.00 Euro
978-3-593-51754-4
www.bigtechmussweg.de



Martin Andree, Timo Thomsen
Atlas der digitalen Welt
Campus, September 2020
272 Seiten, 32.00 Euro
978-3-593-51271-6
www.atlasderdigitalenwelt.de



gen die Ansprüche der Tech-Konzerne geschützt werden sollten: Es wurde in riesigen Demonstrationen – wohlgerneht: für die Interessen der Tech-Konzerne! – durch die Netzcommunity ein „Ende des Internets, wie wir es kennen“ und „flächendeckende

**„Die Blockade wichtiger
Lösungsansätze durch Ideologie
ist kontraproduktiv.“**

Zensur“ prophetie. Die involvierten Politiker erhielten Morddrohungen. Die Regelung wurde dann trotzdem umgesetzt – und zwar ab dem 1. August 2021. Haben Sie irgendetwas bemerkt? Daran merken wir, wie kontraproduktiv die Blockade wichtiger Lösungsansätze durch Ideologie ist. Wir sind selbst schuld an dieser Misere.

Herr Prof. Andree, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Deepfakes

Angriff auf die Wahrheit, Gefahr für unsere Demokratie

Die digitale Welt ist längst untrennbar mit unserem realen Leben verwoben. Ein großer Teil unseres Alltags findet online statt. Digitale Übergriffe haben deshalb reale, oft gravierende Folgen. Für einen wirkungsvollen Schutz ist es notwendig, die gesetzlichen Rahmenbedingungen konsequent zu ändern.

von Thomas Löb

Noch immer wird die Onlinewelt vielerorts wie ein rechtsfreier Raum behandelt. Auf sozialen Netzwerken oder Gaming-Plattformen werden Minderjährige binnen Minuten mit sexualisierten Inhalten konfrontiert, während Unternehmen wie Meta Milliarden

Wenige Dutzend Fotos genügen, um mithilfe von KI-Tools einen täuschend echten Face Swap zu erzeugen.

mit fragwürdigen Anzeigen verdienen und von unregulierten Mechanismen profitieren, die Missbrauch begünstigen. Betroffene – zu meist Frauen – werden öffentlich diffamiert, psychisch zermürbt und sozial isoliert. Viele berichten, dass sie sich alleingelassen fühlen, was den Eindruck verstärkt, Täter hätten kaum Konsequenzen zu befürchten.

Verschlimmert wird die Situation durch sogenannte Deepfakes. Dieser Begriff setzt sich aus „Deep Learning“ und „Fake“ zusammen – tiefgehendes Lernen und gezieltes Fälschen. Gemeint sind täuschend echt wirkende, KI-manipulierte Bilder, Videos oder Audios, in denen Personen Dinge sagen oder tun, die sie nie gesagt oder getan

haben. Wenige Dutzend Fotos genügen, um mithilfe von KI-Tools einen täuschend echten Face Swap zu erzeugen: das digitale Austauschen von Gesichtern in Videos, bei dem Mimik und Beleuchtung realistisch übernommen werden. Was früher Spezialsoftware und enorme Rechenleistung erforderte, gelingt heute mit frei verfügbaren Apps und einem handelsüblichen Laptop. Bekannt wurde Face Swap 2017 durch gefälschte Pornovideos von Scarlett Johansson und Emma Watson. Der wohl prominenteste Fall betraf dann 2024 Taylor Swift.

Schutz der Betroffenen stärken

In der ZDF-Reportage „Deepfake-Pornos: Das Geschäft mit dem Missbrauch“ sprach der bekannte Medienanwalt

Thomas Löb

Jahrgang 1966, studierte Landschaftsarchitektur, erlernte den Beruf des Kongress- und Messeorganizers und ist aktuell in der Kultur- und Bildungsarbeit tätig. In die ÖDP trat er 2019 nach einer Pause wieder ein, ist seit 2020 Mitglied im Vorstand des Landesverbands Brandenburg und seit Januar 2026 dessen Vorsitzender.

thomas.loeb@oedp.de



Foto: Gunmar Bernskötter

Christian Schertz 2024 über den Fall Collien Fernandes: „Ich muss offen gestehen, dass das, was wir jetzt machen können, nämlich versuchen, die Täter zu ermitteln, zu 90 Prozent ins Leere läuft. An die Deep-



fake-Plattformen kommen Sie faktisch nicht ran. Sie haben keinen, den Sie da in Haftung nehmen können. Die sitzen im Ausland. Die wissen, dass sie Unrecht tun. Und weil sie das wissen, nutzen sie alle Möglichkeiten, die das Internet bietet, um einer Haftbarkeit und einer Strafbarkeit zu entgehen.“

Schertz äußerte sich weiter gegenüber der ZDF-Redakteurin von „Die Spur“, Marie Bröckling: „Wir müssen das Recht ändern, um den Schutz der Betroffenen zu verstärken. Wir haben es bei der Hate Speech oder der Verbreitung von Fake News gesehen. Da hat der Gesetzgeber viel zu spät gehandelt. Jetzt haben wir ein weiteres Phänomen, diese Deepfake- und KI-Problematik. Bei Bildnissen und hier noch viel schlimmer:

Deepfake-Pornos. Wo man ja nicht vergessen darf, dass das für die Betroffenen auch aufgrund der scheinbaren Authentizität des Bildmaterials furchtbar traumatisierend ist. Es ist eine mediale Vergewaltigung.“

Der Fall Fernandes zeigt die Tragweite digitaler Gewalt. Sie berichtet, dass ihr damaliger Ehemann jahrelang vermeintliche Nacktbilder und imitierte Stimmnahmen von ihr über Fake-Profilen verbreitet und sogar E-Mails unter ihrem Namen an berufliche Kontakte versendet haben soll. 2026 erstattete sie in Palma de Mallorca Strafanzeige – weil dort die Gesetze opferfreundlicher sind und spezialisierte Staatsanwaltschaften existieren. In Deutschland kam sie hingegen mit ihrem Anliegen kaum voran.

Schauspielerin Sibel Kekilli, die seit mehr als 20 Jahren mit Fakes – etwa angeblichem Telefonsex – und massiven Onlineattacken konfrontiert ist, schreibt in der Wochenzeitung „Die Zeit“: „Ich finde, den walk of shame sollen die Täter gehen, nicht die Opfer.“ Denn auch Kekilli hat Erfahrungen mit jenen gesammelt, die durch Untätigkeit solche Angriffe erst ermöglichen – etwa Mitarbeitende von Instagram oder Richterinnen und Richter, die die Vielzahl unbelegter Behauptungen über sie als Anlass

Was früher Spezialsoftware und enorme Rechenleistung erforderte, gelingt heute mit frei verfügbaren Apps und einem Laptop.

nahmen, ihr eine Mitschuld zuzuschreiben. In ihrem „Zeit“-Beitrag hofft Kekilli, „dass der Ruf nach digitalen Gesetzen in der Folge des Falls Fernandes nicht gleich wieder abebbt und dass sich, wenn schon nicht die Gesellschaft, dann wenigstens die Rechtsprechung ändert.“



Strengere Gesetze notwendig

Im Umgang mit Deepfakes zeigt sich das rechtliche Versagen in Deutschland. Obwohl die Technologie massenhaft zur sexualisierten Erniedrigung eingesetzt wird, gelten solche Fälle rechtlich oft als Bagatellen, als harmlose Bildmanipulationen. Diese juristische Blindheit ignoriert, dass ein einziges manipuliertes Video ausreichen kann, um Existenzen zu zerstören. Während die technische Qualität der Fälschungen rasant steigt, bleibt die Gesetzgebung im analogen Denken stecken. Das Ergebnis ist ein digitaler Raum, in dem Täter kaum Konsequenzen fürchten.

Deepfakes sind ein direkter Angriff auf Wahrheit, Würde und die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens.

Spanien könnte ein juristisches Vorbild sein: In den vergangenen Jahren wurde dort ein deutlich strengerer Rechtsrahmen geschaffen, insbesondere im Bereich digitaler Gewalt. Verfahren werden schneller geführt, Strafen für das Verbreiten intimer Inhalte ohne Zustimmung sind härter, und Polizei sowie Justiz verfügen über spezialisierte Einheiten. Betroffene erhalten mehr Schutz, etwa durch restriktive Auflagen für Täter und klar definierte Verantwortlichkeiten für Plattformen.

Auch andere Länder sind bei Deepfakes weiter als Deutschland. Seit 2026 gibt es die weltweit mit am strengsten Regelungen in Großbritannien, wo die Erstellung sexueller Deepfakes ohne Einwilligung strafbar ist. Zusätzlich gibt es eine harte Plattformaufsicht durch die Behörde Office of Communications (Ofcom) mit Bußgeldern bis

zu 18 Mio. Pfund oder 10 % des weltweiten Umsatzes. Dort können sogar gerichtliche Maßnahmen gegen Plattformen erwirkt werden. Australien wiederum bietet einen deutlich umfassenderen Opferschutz als

Wenn wir nicht mehr sicher sein können, ob das, was wir sehen oder hören, authentisch ist, verlieren wir die gemeinsame Realität.

Deutschland: schnelle Löschmechanismen, zivilrechtliche Ansprüche, strafrechtliche Sanktionen.

Dänemark zeigt, wie moderner Persönlichkeitsschutz im Digitalen aussehen kann: Wer dort durch Deepfakes geschädigt wird, soll zivilrechtlich Ansprüche auf Entschädigung geltend machen können – etwa bei Rufschädigung oder wirtschaftlichem Schaden. Ein einklagbares Recht auf Stimme, Gesicht und Körper im Netz. Satirische und künstlerische Deepfakes bleiben zulässig, solange sie klar erkennbar sind – vorsätzliche Irreführung hingegen muss hart bestraft werden.

Aktueller Gesetzentwurf

Die Bundesregierung hat im März 2026 einen Entwurf für ein digitales Gewaltschutzgesetz vorgelegt. Vorgesehen sind Verschärfungen in den §§ 184k und 201b StGB, die erstmals die Herstellung sexualisierter Deepfakes sowie KI-basierte Persönlichkeitsrechtsverletzungen spezifisch unter Strafe stellen sollen. Beim Thema „sexualisierte Deepfakes“ geht der Entwurf sogar über die EU-Vorgaben hinaus, die Deutschland bis Mitte 2027 ohnehin umsetzen muss. Die EU-Richtlinie sieht Mindeststrafen nur für das Verbreiten solcher Inhalte vor – und auch nur dann, wenn ein

Digitalcourage e. V.
Anti-Deepfake-Petition
23.03.2026
www.t1p.de/8uscz

Die Spur, Folge 63
Deepfake-Pornos: Das Geschäft mit dem Missbrauch
ZDF, 11.12.2024
www.t1p.de/tlx1

Die Spur, Folge 62
Deepfake-Pornos: Die Jagd nach den Tätern
ZDF, 11.12.2024
www.t1p.de/p9qcy

Wassilis Aswestopoulos
Sind Deepfakes neu in unserem Leben?
Telepolis, 20.04.2026
<https://telepolis.de/-11261882>

Marcus Schwarzbach
Deepfake-Betrug: Warum Sie Ihrem Chef nicht mehr trauen können
Telepolis, 01.03.2026
<https://telepolis.de/-11187530>

schwerer Schaden für die betroffene Person entsteht. Das Bundesjustizministerium plant hingegen eine Strafbarkeit bereits für das Herstellen.

Doch dieser Gesetzesentwurf darf nur lediglich ein Anfang sein. Eine Petition der Organisation Digitalcourage, unterstützt von vielen prominenten Erstunterzeichnern, fordert eine noch konsequentere Ausweitung: 1. eine breitere Strafbarkeit von

Während die technische Qualität der Fälschungen rasant steigt, bleibt die Gesetzgebung im analogen Denken stecken.

Deepfakes; 2. eine stärkere Regulierung von Plattformen; 3. höhere Strafrahmen; 4. präventive Maßnahmen und technologieoffene Gesetze; 5. den Schutz demokratischer Prozesse.

Untergrabung von Vertrauen

Deepfakes bedrohen nicht nur die Integrität einzelner Menschen, sondern untergraben das Vertrauen in Medien, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie sind ein direkter Angriff auf Wahrheit, Würde und die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens. Wenn wir nicht mehr sicher sein können, ob das, was wir sehen oder hören, authentisch ist, verlieren wir die gemeinsame Realität. Alles kann wahr sein – und alles kann eine Lüge sein. Doch Demokratie braucht Vertrauen. Und Vertrauen braucht Wahrhaftigkeit.

Eine wissenschaftliche Untersuchung des Massachusetts Institute of Technology (MIT) zeigte bereits im Jahr 2018, dass sich Falschinformationen schneller verbreiten als verifizierte Nachrichten. Prof. Christian Stöcker von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg warnt: „Wer überzeugende Fake-Pornos herstellen kann, kann auch andere Manipulationen fabrizieren.“ Er hält es für wahrscheinlich, dass solche Videos künftig Journalisten zugespielt werden: „Videos, die einen Politiker dabei zeigen, wie er sich schmieren lässt, wie er mit einer Prostituierten ein Haus betritt oder was auch immer. Propaganda wird sich auch auf dieses Feld erweitern.“

DSGVO

EU-Gesetzgebung

Digital-Omnibus – Kniefall vor den Tech-Konzernen

„Vereinfachung“ und „Innovationsförderung“ sind die Stichworte, mit denen die EU-Kommission ihr großes Gesetzesvorhaben, den sogenannten Digital-Omnibus, bewirbt. Mit dem will sie Digitalgesetze und KI-Regulatorik konsolidieren und die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ändern.

von Dr. Andrea Brieger

Die EU-Kommission möchte ihren Digital-Omnibus schnellstmöglich durch die Gremien bringen – ohne umfangreiche Anhörungen. Im Sommer 2025 sah das noch anders aus. Da startete die EU-Kommission eine Abfrage („Call for Evidence“) bei Unternehmen und Verbänden, um Änderungsbedarf im Bereich Cybersicherheit, Datengovernance und Datenschutz zu erfragen. War hier noch von einer „Weiterentwicklung“ des Datenschutzrechts die Rede, überraschte der vorgelegte Gesetzentwurf mit Neuerungen, die zentrale Elemente der DSGVO betreffen.

Der Entwurf enthält einige gute Ideen, zum Beispiel eine zentrale Meldestelle für

Cyberfälle, eine Vereinfachung der Cookie-Regelungen oder die Reduzierung von Dokumentationspflichten für Unternehmen. Auch die geplante Zusammenfassung verschiedener Digital-Gesetze im neuen Data Act macht Sinn. Daneben gibt es aber Passagen, die der bisherigen Gesetzessystematik komplett widersprechen und dadurch mehr Schaden als Nutzen anrichten würden.

Änderung des Anwendungsbereichs von Datenschutzgesetzen

Datenschutzgesetze gelten nur für personenbezogene Informationen. Was perso-

nenbezogene Informationen sind, ist bislang in der DSGVO eindeutig definiert: Ist es objektiv möglich, mit der Information – auch unter Zuhilfenahme von Zusatzinfos – einen Menschen zu identifizieren, dann sind die Datenschutzvorgaben einzuhalten. Ist dies nicht möglich, fällt die Datenverarbeitung nicht unter das Datenschutzrecht.

Im neuen Gesetz wird diese Definition verändert, indem eine subjektive Komponente eingeführt werden soll: Wenn Daten für denjenigen, der sie verarbeiten will, nicht identifizierbar sind, dann gelten sie als „nicht personenbezogen“. Das Datenschutzrecht wäre nicht anwendbar. Die Informationen könnten ohne Einschränkungen weitergegeben, weiterverkauft und



Dr. Andrea Brieger

Jahrgang 1975, studierte Geschichte, promovierte in Rechtswissenschaft und arbeitet heute als Datenschutzbeauftragte. 2019 trat sie in die ÖDP ein, seit 2021 ist sie Landesvorsitzende der ÖDP Berlin.

www.oedp-berlin.de

zum Beispiel für das Trainieren von KI-Systemen genutzt werden. Eingriffsmöglichkeiten für die betroffenen Personen gäbe es nicht mehr, denn die in der DSGVO verankerten Betroffenenrechte wären auf diese Datenbestände nicht anwendbar: Es gäbe keinen Anspruch auf Auskunft darüber, welche Daten zu welchen Zwecken von einem Unternehmen verarbeitet werden, kein Widerspruchsrecht, keinen Anspruch auf Löschung.

Das ist eine Regelung, die man nur als Freifahrtschein für die ganz großen Tech-Konzerne lesen kann: Meta, Google & Co. verfügen schon jetzt über Unmengen von

Detailinformationen zu Nutzern (Nutzerverhalten, Posts in Social Media, Standorte, Bewegungsdaten, Kontakte zu anderen Nutzern etc.), die sie nur zu gern nach Belieben weitergeben, miteinander verknüpfen und auswerten möchten, ohne durch Gesetze dabei reglementiert zu werden.

Der Gesetzesentwurf ist vor allem ein Zugeständnis an die USA und die Interessen ihrer großen Tech-Konzerne.

Der Digital-Omnibus gäbe ihnen dazu die Möglichkeit, sie müssten die Informationen nur in passende kleine „Informationsschnipsel“ zerlegen, um sie aus dem Geltungsbereich der DSGVO herauszubekommen. Die Daten würden jeglichen Schutz verlieren, auch wenn sie zu einem späteren Zeitpunkt oder durch andere Stellen wieder einer Person zugeordnet werden könnten, und könnten ohne gesetzliche Schranken für andere Zwecke genutzt, verkauft, weitergeleitet oder verändert werden.

Europäische Kommission
Vorschlag für eine Digital-Omnibus-Verordnung
19.11.2025/19.01.2026
www.t1p.de/rzylb

European Data Protection Board
Digitaler Omnibus: EDSA und EDSB unterstützen Vereinfachung und Wettbewerbsfähigkeit und äußern gleichzeitig zentrale Bedenken
11.02.2026
www.t1p.de/ngg4x

Beschluss des Bundesrats
Stellungnahme zur geplanten Digital-Omnibus-Verordnung
Drucksache 34/26, 27.03.2026
www.t1p.de/vvt6w

Alles ist Forschung?

Forschung zu erleichtern, klingt nach einem sinnvollen Ziel. Schon heute sind Forschungsvorhaben unter bestimmten Bedingungen in der DSGVO privilegiert und unterliegen weniger strengen Anforderungen an Transparenzpflichten und Betroffenenrechten. Dies soll ausgebaut werden. Auch hier geht der Digital-Omnibus an das Fundament des Rechtsrahmens, die Legaldefinition. Forschung soll in Zukunft alle Tätigkeiten umfassen, die „Innovation unterstützen“, einen „Beitrag für die Entwicklung des allgemeinen Wissens und Wohlergehens der Gesellschaft“ leisten oder eine „neuartige Anwendung vorhandener Erkenntnisse“ darstellen. Explizit nicht angenommen ist, dass Forschung auch einem rein gewerblichen Interesse dienen kann.

Die neue Definition wirft Fragen auf: Was ist dann keine Forschung mehr? Jede Auswertung und Profilbildung von Kunden- und Nutzerverhalten könnte als Forschung klassifiziert werden und in den Genuss von Forschungsprivilegien kommen.

KI ist immer gut?

Künstliche Intelligenz ist in aller Munde, auch in Europa möchte man mit dieser Technologie Wettbewerbsvorteile generieren. Der Digital-Omnibus sieht deshalb einen neuen

Datenverarbeitungen, die ohne KI verboten wären, könnten mit KI-Unterstützung rechtmäßig erfolgen.

Erlaubnistatbestand vor: Besonders schützenswerte Daten gem. Art. 9 DSGVO (z. B. Gesundheitsdaten, Informationen zu sexueller Orientierung, religiösen Überzeugungen) dürfen mit KI verarbeitet werden. Damit

knüpft das Gesetz die Erlaubnis für die Verarbeitung an die verwendete Technologie, nicht an die mit der Datenverarbeitung verfolgten Zwecke. Das hätte zur Folge, dass Datenverarbeitungen, die ohne KI verboten wären, rechtmäßig erfolgen könnten, wenn sie mit KI-Unterstützung durchgeführt würden.

Politische Dimension einer juristischen Debatte

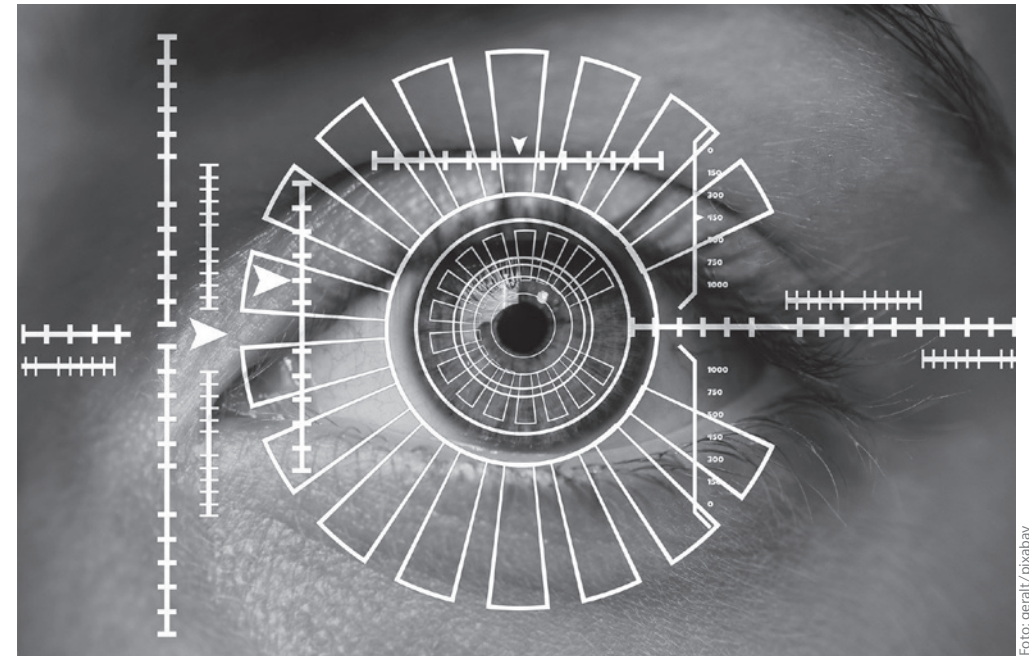
Der Gesetzesentwurf ist vor allem ein Zugeständnis an die USA und die Interessen ihrer großen Tech-Konzerne. Es liegt nahe, einen Zusammenhang zu dem politischen Druck zu sehen, dem sich die EU durch die

Im EU-Parlament findet diese Linie unter anderem die Unterstützung der EVP-Fraktion.

US-amerikanische Zollpolitik ausgesetzt sieht. Auch die deutsche Bundesregierung tat sich mit Forderungen nach einer „Vereinfachung“ der Datenschutzgrundverordnung hervor, passenderweise wenige Tage vor der Veröffentlichung des Entwurfs für den Digital-Omnibus.

Im EU-Parlament findet diese Linie unter anderem die Unterstützung der EVP-Fraktion. Dazu passt die Benennung der finnischen Abgeordneten Aura Salla (EVP) als Berichterstatterin für das Digital-Omnibus-Paket im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des EU-Parlaments. Salla war vor ihrem Einzug ins EU-Parlament Cheflobbyistin von Meta in Brüssel.

Nutznieser der vorgeschlagenen Regelung sind nicht die Bürgerinnen und Bürger, es sind auch nicht die politisch so hochgelobten kleinen und mittleren Unternehmen, die entlastet werden sollen. Alleinige Profiteure wären die großen Tech-



Konzerne, die durch die neuen Regelungen ihre geschäftlichen Interessen in Europa noch ungehinderter verfolgen könnten. Eine digitale Souveränität Europas wird man dadurch nicht erreichen. Im Gegenteil: Es besteht das Risiko, dass die Tech-Konzerne ihre Marktmacht weiter ausbauen.

Bei der Bewertung des vorgelegten Gesetzespakets geht es deshalb um mehr als um juristische Spitzfindigkeiten. Datenschutz schützt Menschen, ist wesentlicher Grund-

Alleinige Profiteure wären die großen Tech-Konzerne, die ihre Interessen noch ungehinderter verfolgen könnten.

rechtsschutz in einer Welt, in der kaum ein Aspekt unseres Lebens noch frei von digitaler Datenverarbeitung ist. Der Schutz der Privatsphäre ist nicht nur für den Einzelnen

wichtig, sondern von zentraler Bedeutung für unsere Freiheit. Der Gesetzesentwurf bedroht damit auch unsere demokratischen Institutionen, für die eine sichere und freie Informationsverarbeitung essenziell ist.

Eine digitale Souveränität Europas wird man dadurch nicht erreichen. Im Gegenteil.

Glücklicherweise zeichnen sich erste Widerstände ab: Der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA) hat erhebliche Bedenken geäußert und die Einhaltung der Grundrechtsprinzipien aus Art. 8 der EU-Grundrechtecharta angemahnt. Ähnlich äußerte sich im März 2026 auch der Deutsche Bundesrat. Es bleibt zu hoffen, dass diese konstruktiven und kritischen Stimmen viel Unterstützung erfahren und sich durchsetzen werden.

Wo sind wir noch Biene, wo sind wir noch Stachel!?



Liebe Freundinnen und Freunde der ÖDP, liebe Mitglieder,

Die Wahlen sind durch, wenigstens für das erste Halbjahr, vier weitere stehen uns für den Herbst ins Haus. Auch das allgemeine Wundenlecken nach den Wahlniederlagen ist wohl weitgehend überwunden; und wir müssen nach vorne schauen auf das, was kommt, keine Frage! Natürlich gehört auch ein sauberes Aufarbeiten der Wahlen dazu – und da ganz sicher auch das Positive und eben nicht nur die negativen Wahlausgänge, also nicht nur die Lehre aus den Niederlagen, sondern auch die Sicht auf die Erfolge: Was ist da gut gelungen und warum? Wie können wir das verstetigen und allgemein verbreitern, dass wir diese Erfolge bei den nächsten Wahlen vervielfachen, die Impulse aufnehmen, weitergeben? Und ganz sicher gehört auch dazu, dass wir uns nicht nur gegenseitig trösten oder gar mit Begründungen verträsten, sondern dass wir uns gegenseitig aus den Erfolgen heraus Mut machen, durchaus auch Lust auf mehr – natürlich Wahlerfolge, uns bekannter machen.

Wir sind gerade darüber, ein Schulungswochenende für Kreisvorsitzende und Stellvertreter vorzubereiten – wenn Sie diese Zeilen lesen, werden wir kurz vor dem Wochenende stehen oder es sogar gerade eben erst durchgeführt haben –, wo unter anderem auch genau diese Dinge zur Sprache kommen, wir Tipps und Tricks weitergeben können und uns gegenseitig beraten, darüber, was uns nach vorne bringen kann. Dabei ist mir das gegenseitige Geben und Nehmen im Austausch besonders wichtig.

Aber eins treibt mich um – nicht erst seit den Wahlen, sondern durch die vielen Gespräche, Anfragen, auch kritische Anfragen, die ich in den vergangenen Monaten immer wieder hatte und habe: Wo sind wir noch Biene – fleißige, aber auch wehrhafte Biene – und wo sind wir noch der Stachel oder auch Reißnagel nicht nur im Hintern des Bayerischen Löwen – siehe Plakat –, sondern Stachel im Fleisch der herrschenden Politik, der ganzen Herrschermentalität und Willkür im kleinen kommunalen Bereich, in der Landes- und Bundespolitik, ja und auch in der europäischen und der Weltpolitik? Auf kommunaler Ebene, wo unsere Mandate sitzen, geht es noch am leichtesten und da haben wir auch viele fleißige und oft recht wehrhafte Bienen und Reißnägel sitzen – an dieser Stelle Ihnen und Euch einen ganz herzlichen und großen Dank für Eure so wichtige und wertvolle Arbeit!

Aber wo sind wir damit auf den höheren Ebenen und in der Europa- und Weltpolitik? Auch da zunächst ein großer, ja überschwänglicher Dank an unsere Europaabgeordnete Manuela Ripa, die in ihrer Fraktion, der EVP, jeden Tag so viel Gegenwind – ja Sturm – aushalten muss und wirklich Großes geschafft hat und auch bei heftigen Angriffen standhaft geblieben ist: Danke, Manuela! An ihr liegt es wahrhaftig nicht, wenn hier Entscheidungen gegen die Umwelt, gegen eine überlebensnotwendige Klimapolitik, gegen die mindestens so wichtige biologische Vielfalt, gegen eine

wirklich nachhaltige Landwirtschaft und nicht zuletzt auch gegen unsere eigene Bevölkerung, die einfachen Menschen, gegen das Gemeinwohl und damit letztlich gegen jede Vernunft und nur für die Gier und den Profit weniger getroffen werden.

Nur, wo stehen wir als Partei, als die ÖDP insgesamt, wo und wie werden wir wahrgenommen? Ja, da waren unsere großen Erfolge vor allem mit den bayerischen Volksbegehren – insbesondere das Nichtraucherschutzgesetz- und das Bienenvolksbegehren haben jeweils sogar nach Europa durchgeschlagen. Ganz großen Dank hier auch an den bayerischen Landesverband, insbesondere an Agnes Becker, die als „Bienenkönigin“ in die bayerische Politik-Geschichte eingegangen ist. Aber: Was davon hat überdauert? Und: Ruhren wir uns damit nicht nur auf unseren Lorbeeren aus? Wenn wir nur unstrittige Themen bearbeiten, die zudem noch irgendwelche anderen Parteien ebenfalls auf der Agenda haben, für die sie dann auch noch als die jeweils dafür relevante Partei wahrgenommen werden, gewinnen wir damit keinen Blumentopf mehr. Wir hatten auch schon mal mehr Wert gelegt auf das Wort „Alleinstellungsmerkmal“ – wir haben viele Alleinstellungsmerkmale, aber: Werden die zurzeit überhaupt geschätzt und werden wir damit wahrgenommen? Mein Eindruck ist derzeit: Nein! Wir sind eine Oppositionspartei – und auf Landtags- und Bundestagebene auch noch außerparlamentarische Opposition. Wenn wir uns als das in den Mainstream der dort etablierten Partei-

en einfügen, wird nicht mehr klar, wozu wir eigentlich Opposition machen. Der einzige Punkt, uns als relevante Partei darzustellen und so auch zu wirken, ist, eine Anti-Establishment-Politik zu betreiben – und das heißt, laut und deutlich die strittigen Themen anzusprechen, unsere Lösungen zu präsentieren und dort den Finger in die Wunde zu legen, wo die etablierten Parteien und v. a. die Regierungen in die falsche Richtung ziehen. Themen haben wir mehr als genug, bei denen die Regierungen, insbesondere die Bundesregierung, eine völlig falsche Richtung eingeschlagen haben – ich nenne nur pauschal und beispielhaft die Energiewende, die unsere Regierung derzeit an die Wand fährt, den Klima- und Artenschutz, der sträflich missachtet wird, eine Landwirtschaftspolitik, die den bereits erkannten Notwendigkeiten nur noch Hohn spricht, und einen Abbau des Sozialstaats und damit des Gemeinwohls, der kaum einen Vergleich kennt.

Ich bin überzeugt, es braucht uns mehr denn je und wir haben mit unseren Positionen und Lösungen gute Wege aus all den Misereen, in denen wir gerade stecken. Lasst uns miteinander und mutig diese Wege einschlagen, dafür werben, dass sie bei den Bürgern – unseren Wählern – auch als solche erkannt werden und sich unsere Bewegung wieder vermehrt, vervielfältigt – und wir so neue Durchschlagskraft gewinnen, damit unsere Ziele auch durchgesetzt werden.

Ihr/Euer Bundesvorsitzender
Günther Brendle-Behnisch



Vision Ökologisches Deutschland – ein Fazit nach einem Jahr Schwarz-Rot

Die Tagung der Stiftung für Ökologie und Demokratie in der Franken-Akademie auf Schloss Schney blickte 2026 auf ein Jahr Schwarz-Rot in Deutschland zurück. Unter dem Titel „Vision: Ökologisches Deutschland“ führte das Programm durch die Kernpunkte ökologischer Politik.

Hans-Joachim Ritter, Präsident der Stiftung, hob die Bedeutung des Begriffs „Ökologie“ für das politische Handeln hervor. Die Ökologie stelle die umfassende Lehre vom menschlichen Leben dar und umfasse alle Lebensbereiche. Er kritisierte die Wachstumsorientierung der Politik: „Von Menschen gemachte Ökonomie, die auf Wachstum setzt, sprengt die Grenzen der natürlichen Ökologie“, so Ritter.

„Ist das Klima noch zu retten?“, dieser Frage ging Dr. Maximilian Franks vom „Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)“ nach. Er zeigte Wege zu einer gerechten Klimapolitik auf. Die sozialen Kosten der Klimapolitik pro Tonne CO₂ beliefen sich derzeit auf ca. 220 € und stiegen bis 2080 auf 410 €. Als wirksames Mittel nannte er eine weltweite CO₂-Bepreisung, um die Emissionen zu senken. Insgesamt zeige sich ein Mix aus Maßnahmen wie ordnungspolitischen Instrumenten, Bepreisung, technologischen Standards sowie Subventionen als Erfolg versprechender Weg der Klimapolitik.

Dr. Durmuş Ünlü, Geschäftsführer der „Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW)“, brachte den Teilnehmern der Ta-

gung das Thema „Wasser“ nahe. Unter dem Titel „Öffentliche Wasserwirtschaft im (Klima-)Wandel“ stellte er fest: „Wasser ist Lebensgrundlage und von der UN anerkanntes Menschenrecht.“ Wasser sei auch ein zentraler Baustein für gleichwertige Lebensverhältnisse. Es sei die Rolle der öffentlichen, gemeinwohlorientierten Wasserversorgung, diese zu garantieren.

Die Enkeltauglichkeit in der Politik war Thema von Thomas Zschornak von der „Stiftung Enkeltauglichkeit“. Der Bürgermeister der Gemeinde Nebelschütz stellte anhand der dortigen lokalen Aktivitäten die kommunale Vision einer enkeltauglichen Gemeinde und deren Umsetzung vor. Für alle seine Entscheidungen sei folgende Frage wichtig: „Was werden, wenn wir das tun, in zwei Generationen unsere Enkel dazu sagen?“ Er bot Nebelschütz als Lernort für enkeltaugliche Politik an.

Das wichtige Thema „Menschenwürde in der Wirtschaft innerhalb sozialer und planetarer Grenzen“ behandelte Thomas Schiffelmann von „Handicap International“. „Wir brauchen eine Transformation in der Wirtschaft“, führte Schiffelmann aus. Er ging auf die „Donut-Ökonomie“ für eine Wirtschaft innerhalb der sozialen und planetaren Grenzen ein. Er betonte den Punkt 8 der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung, der die Förderung menschenwürdiger Arbeit für alle anstrebt.

Dr. Norbert Schäffer, Vorsitzender des „Landesbunds für Vogel- und Naturschutz in Bayern (LVB)“ resümierte über den Zustand und Schutz der biologischen Vielfalt in Deutschland: „2/3 der Arten und 3/4 der Lebensräume sind in einem schlechten Zustand.“ Von 1980 bis 2025 ging der Vogelbestand insgesamt um 19% zurück. Während bei den Waldvögeln der Rückgang bei 8% liegt, ist bei den Feldvögeln

ein dramatischer Rückgang der Population um 61% festzuhalten. „Der Zusammenbruch der biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft ist belegt“, so der Referent. Der Schutz der biologischen Vielfalt entscheide darüber, ob wir auf diesem Planeten überleben, der Klimaschutz darüber, wie dieses Überleben aussieht. Biologische Vielfalt sei mehr als Artenvielfalt. Hierzu zählten auch die genetische Vielfalt innerhalb einer Art und – ganz wichtig – die Vielfalt der Lebensräume. Er hob hierbei die Wichtigkeit des Inhalts des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ hervor.

„Wir müssen hier als ÖDP massiv gegen Klima- und Naturzerstörung eintreten. Es hat sich hier ganz deutlich gezeigt, dass die große Politik sich in dieser Überlebensfrage auf einem bedauerlichen Irrweg befindet.“

Den Themenkomplex „Gesundheit“ brachte Nora Laubstein vom Deutschen Naturheilbund den Teilnehmern nahe. Sie forderte, Gesundheitspolitik neu zu denken. Wichtig sei hier die Hilfe zur Selbsthilfe. Sie kritisierte die Umbenennung des Gesundheitssystems in Deutschland im Jahr 2005 in „Gesundheitswirtschaft“. Sie hob hervor: „Die Naturheilkunde ist an der Gesundheit orientiert, nicht an der Krankheit.“

Der Bundesvorsitzende der ÖDP, Günther Brendle-Behnisch, fasste als Resümee der Tagung zusammen: „Wir müssen hier als ÖDP massiv gegen Klima- und Naturzerstörung eintreten. Es hat sich hier ganz deutlich gezeigt, dass die große Politik sich in dieser Überlebensfrage auf einem bedauerlichen Irrweg befindet.“



Foto: Prof. Dr. Herbert Einsiedler

Auf der Tagung in Schney (von links): Markus Hollemann, Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V., Günther Brendle-Behnisch, Bundesvorsitzender der ÖDP, und Thomas Schiffelmann, Leiter Marketing von „Handicap International“ und Vorsitzender der Maria Opitz-Döllinger Stiftung.

Der Ökologische Rat der ÖDP

Wie in der letzten Ausgabe angekündigt, möchten wir die Mitglieder des neu besetzten Ökologischen Rats der ÖDP noch etwas genauer vorstellen – diesmal: Prof. Dr. Klaus Buchner und Prof. Dr.-Ing. Wilfried Kühling.

Prof. Dr. Klaus Buchner



Prof. Dr. Klaus Buchner

Dieser Name dürfte allen ÖDP-Mitgliedern ein Begriff sein. Geboren 1941 in München, kann Klaus Buchner auf einen langen Lebenslauf zurückblicken. Im Jahr 1983 trat er in die ÖDP ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 und 2019 als ÖDP-Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament. Dort war er als Mitglied der Fraktion Grüne/EFA in

„Deutschland braucht die ÖDP“

Der ÖDP-Bundesvorsitzende, Günther Brendle-Behnisch, erkennt in der Zusammenarbeit mit den Experten des Ökologischen Rats ein zusätzliches Plus der Partei. Dies betonte er auf dem 66. ÖDP-Bundesparteitag am 25./26. April, der online und unter Beteiligung dreier Ratsmitglieder stattfand. Der ÖDP-Chef bestärkte die Anwesenden mit der Aussage, dass die Partei sich dem Ausbremsen ökologischer Zukunft vehement entgegenstellen wolle.

Zur Pressemitteilung:
www.t1p.de/i3be4

zahlreichen Ausschüssen, Unterausschüssen und Delegationen aktiv. Im Juli 2020 übergab er sein Mandat an Manuela Ripa.

In seiner akademischen Laufbahn spezialisierte er sich 1964/65 auf Elementarteilchenphysik an der University of Edinburgh, u. a. bei Peter Higgs.

Von 1965 bis 1970 arbeitete er im Bereich Experimentelle Elementarteilchenphysik am Max-Planck-Institut für Physik in München unter dem damaligen Direktor Werner Heisenberg. Dabei wurde er mehrmals zum Europäischen Teilchenbeschleuniger in Genf delegiert.

In den Jahren 1971/72 forschte Buchner am Institut für Grundlagenphysik der Kyoto University von Hideki Yukawa (Nobelpreis für die Entdeckung der Kernkräfte).

1972 half er beim Aufbau einer Gruppe für experimentelle Elementarteilchenphysik an der Chandigarh University (Panjab, Indien) mit. Dann kehrte er nach Deutschland zurück und arbeitete von 1973 bis 2006 am Institut für Mathematik der Technischen Universität München. Seine Forschungsschwerpunkte waren die Relativitätstheorie, die Differentialgeometrie, die relativistische Elektrodynamik und die Wirkung von Funkstrahlung auf biologische Systeme. Zu letzterem veröffentlichte er mehrere begutachtete („peer reviewed“) Arbeiten in wissenschaftlichen Zeitschriften. Insgesamt zeichnete er für etwa 70 wissenschaftliche Veröffentlichungen verantwortlich.

Klaus Buchner ist Mitglied der wissenschaftlichen Akademie „Accademia Peloritana dei Pericolanti“ (Messina, Italien) und Träger der Goldenen Verdienstmedaille der University of Wrocław (Breslau, Polen).

Prof. Dr.-Ing. Wilfried Kühling



Prof. Dr.-Ing. Wilfried Kühling

Wilfried Kühling, Jahrgang 1948, studierte Raumplanung an der Universität Dortmund. 1979 legte er seine Diplomprüfung ab. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fakultät Raumplanung promovierte er zum Dr.-Ing. im Jahr 1985. Von 1986

bis 1993 baute er als wissenschaftlicher Mitarbeiter das Sachgebiet Umweltplanung im Amt für Umweltschutz der Stadt Wuppertal auf und leitete dieses. Danach arbeitete er als wissenschaftlicher Angestellter an der Universität Dortmund, wo er schließlich 1998 habilitierte. Von 1996 bis 2014 hatte Wilfried Kühling eine Professur für Raum- und Umweltplanung am Institut für Geowissenschaften und Geographie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inne. Jetzt ist er im Ruhestand.

Inhaltlich befasste Kühling sich mit Bewertungsverfahren und vorsorgeorientierten Bewertungsmaßstäben in der Umweltplanung bzw. zur Umweltverträglichkeitsprüfung, mit der Entwicklung von Verfahren zur Inwertsetzung von Umweltqualität (z. B. über Umweltqualitätsziele und -konzepte) sowie mit Ansätzen zu Theorien und Modellen einer nachhaltigen Raumentwicklung. Seiner Feder entstammen viele Forschungsarbeiten und Gutachten zu Problemen der regionalen und kommunalen Planungspraxis sowie zu Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren. Außerdem ist er Autor etlicher Bücher und weiterer Veröffentlichungen.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit war Wilfried Kühling langjähriger Vorsitzender

des Wissenschaftlichen Beirats des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und Mitglied im Bundesvorstand des BUND. 1988 gründete er die Gesellschaft für Umweltverträglichkeitsprüfung e.V. und ist dort u. a. zum Thema „Elektromagnetische Felder“ in der Arbeitsgruppe „Gesundheit“ aktiv. Weiterhin gehört er dem Vorstand der Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie e.V. an, die sich für wirtschaftlich unabhängige, qualitativ hochwertige Forschung und praxisorientiertes Wissen u. a. zu einer gesundheitsverträglichen Gestaltung der mobilen Kommunikation einsetzt.

Wichtige Hinweise für Überweisungen an die ÖDP

Nach Einführung neuer regulatorischer Vorgaben gilt seit dem 5. Oktober 2025 bei allen SEPA-Überweisungen und SEPA-Echtzeitüberweisungen (Instant Payments) innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums – und damit auch in der EU – eine Verpflichtung der Zahlungsdienstleister zum Abgleich von IBAN und Empfängername. Lassen sich nicht beide Angaben dem gleichen Zahlungsempfänger zuordnen, erhält man eine Fehlermeldung und die Überweisung wird nicht ausgeführt.

Kontoinhaber des Bundesverbands ist die **Ökologisch-Demokratische Partei**. Wir haben jedoch die Möglichkeit genutzt, sogenannte „Aliase“ einzurichten, sodass als Zahlungsempfänger ebenso **OeDP**, **OEDP** und **OeDP Bundesverband** akzeptiert werden (die Schreibweise „ÖDP“ geht jedoch nicht). Bitte beachten Sie dies bei Ihren Spenden und Zahlungen an den ÖDP-Bundesverband.

Herausforderungen der Digitalisierung aus europäischer Sicht

Die Digitalisierung und der rasante Fortschritt der künstlichen Intelligenz (KI) prägen das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in der Europäischen Union zunehmend. Sie bieten enorme Potenziale für Innovation, Effizienzsteigerung und für die Wirtschaft. Gleichzeitig stellen sie die EU

konsequent am Schutz der Grundrechte ausgerichtet sein. Wo digitale Technologien Macht konzentrieren oder missbraucht werden können, braucht es klare Grenzen und verbindliche Regeln.

Der 2021 verabschiedete Digital Services Act (DSA) und der Digital Markets Act

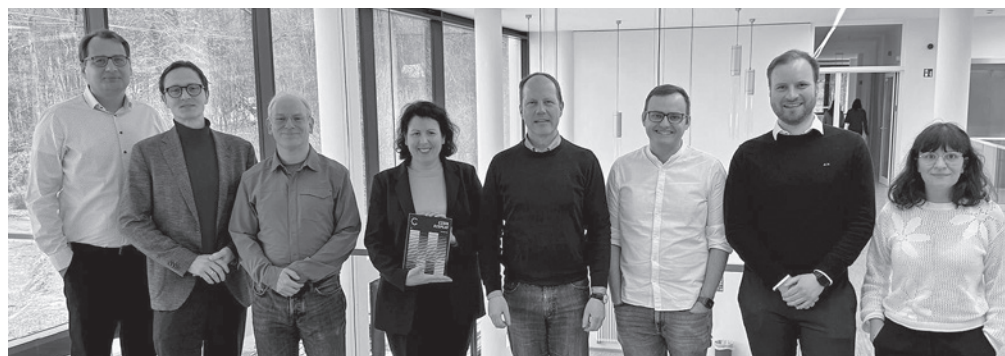


Foto: ÖDP

Mitte März war ich zu Besuch beim „CISPA Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit“ im Saarland. Das CISPA gehört zu den weltweit führenden Forschungszentren im Bereich Cybersicherheit und Datenschutz. Es war ein spannender Austausch und wir waren uns einig, dass Forschung und Politik beim Schutz unserer digitalen Infrastruktur noch enger zusammenarbeiten müssen.

hinsichtlich Datenschutz, urheberrechtlichen Fragen, Schutz von Persönlichkeitsrechten, Ethik, Verifizierbarkeit von Informationen, Bildung und Medienkompetenz vor erhebliche Herausforderungen.

Wir stehen deshalb vor der Aufgabe, die Chancen dieser digitalen Revolution entschlossen zu nutzen, gleichzeitig aber die damit verbundenen Risiken klar zu benennen und durch einen wirksamen Rechtsrahmen zu begrenzen.

Für mich gilt dabei ein klarer Grundsatz: Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein. Sie muss demokratisch kontrolliert, sozial ausgewogen, ökologisch verantwortbar und

(DMA) sind erste wichtige Schritte. Doch die Dynamik technologischer Entwicklungen – insbesondere im Bereich der KI – erfordert eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Präzisierung dieser Regelwerke.

Ein entscheidender Punkt ist dabei die digitale Souveränität Europas. Es kann nicht sein, dass zentrale Datenströme, Infrastrukturen und Plattformen dauerhaft außerhalb unseres Rechtsraums kontrolliert werden. Wenn Daten europäischer Bürgerinnen und Bürger in anderen Rechtsordnungen verarbeitet werden, verlieren wir nicht nur Kontrolle, sondern auch Gestaltungsmacht. Deshalb braucht es konsequent den Auf-

bau eigener europäischer Infrastrukturen sowie klare Vorgaben, dass sensible Daten europäischen Standards unterliegen. Nur so lässt sich langfristig verhindern, dass wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten entstehen, die unsere Handlungsfähigkeit einschränken.

Klare Regeln für KI

Gerade im Bereich der künstlichen Intelligenz zeigt sich, wie dringend notwendig verbindliche Leitplanken sind. KI-Systeme greifen zunehmend in Lebensbereiche ein, die bisher menschlicher Entscheidung vorbehalten waren. Deshalb darf ihr Einsatz nicht ungeregelt erfolgen. Anwendungen müssen vor ihrer Einführung sorgfältig geprüft werden – nicht nur technisch, sondern auch hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen. Systeme, die Menschen bewerten, Verhalten vorhersagen oder emotionale Zustände analysieren, bergen erhebliche Risiken für Freiheit und Gleichbehandlung. Solche Anwendungen dürfen in sensiblen Bereichen keinen Platz haben.

Zugleich muss sichergestellt werden, dass KI nicht zur weiteren Konzentration von wirtschaftlicher oder politischer Macht führt. Transparenz über Funktionsweise und Entscheidungslogiken ist daher ebenso notwendig wie wirksame Kontrollmechanismen durch unabhängige Stellen.

Neben diesen strukturellen Fragen ist auch der Schutz kreativer Leistungen im digitalen Raum von zentraler Bedeutung. Die Möglichkeiten der KI, bestehende Werke zu imitieren oder neu zu kombinieren, dürfen nicht dazu führen, dass Urheberrechte faktisch entwertet werden. Künstlerinnen und Künstler müssen darauf vertrauen können, dass ihre Werke nicht ohne Zustimmung genutzt oder in neuer Form wirtschaftlich verwertet werden. Dazu haben wir als

EU-Parlament jüngst eine Resolution abgestimmt, worin wir fordern, dass das Recht auf geistiges Eigentum gegenüber den KI-Konzernen gilt, diese für die ungefragte Nutzung von Werken belangt werden oder Lizenzverträge abschließen müssen.

Junge Menschen schützen und befähigen

Ein besonders sensibler Bereich ist der Schutz von Kindern und Jugendlichen. Studien und Umfragen zeigen deutlich, dass die intensive Nutzung sozialer Medien mit erheblichen Risiken verbunden ist. Suchtverhalten, sozialer Druck, Cybermobbing und die gezielte Verstärkung extremer Inhalte durch algorithmische Systeme stellen eine reale Gefahr für die psychische Gesundheit dar. Deshalb ist es richtig, über klare Altersgrenzen und wirksame Schutzmechanismen zu diskutieren. Ich bin für ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige, um die Konzentrationsfähigkeit zu schulen und den Fokus auf den direkten Austausch und die Gemeinschaft im Klassenzimmer wie auch auf dem Pausenhof zu legen. Studien zeigen eindeutig, dass handyfreie Schulen dem Wohlbefinden und der Lernleistung der Schülerinnen und Schüler zuträglich sind. Außerdem müssen Plattformen stärker in die Pflicht genommen werden, ihre Systeme so zu gestalten, dass sie junge Menschen nicht gezielt in problematische Nutzungsmuster führen. Der Schutz von Kindern darf nicht von wirtschaftlichen Interessen abhängig sein.

Parallel dazu gewinnt die Vermittlung von Medienkompetenz zunehmend an Bedeutung. In einer Welt, in der Informationen jederzeit verfügbar sind, wird die Fähigkeit, Inhalte kritisch zu bewerten und einzuordnen, zur zentralen Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Bildungssysteme müssen darauf reagieren. Digitale

Kompetenzen und ein reflektierter Umgang mit KI dürfen keine Ergänzung sein, sondern müssen fester Bestandteil schulischer, beruflicher und universitärer Ausbildung werden. Daher trete ich dafür ein, dass Lernende einen KI-Führerschein machen sollten, um den richtigen Umgang zu erlernen. Dazu gehört auch, Lehrkräfte entsprechend zu qualifizieren und zu unterstützen. Denn sie sind es, die Orientierung geben und junge Menschen im Umgang mit digitalen Technologien begleiten.

Die Diskussion um die Nutzung von Smartphones an Schulen zeigt, wie schwierig die Balance zwischen Nutzung und Schutz ist. Während digitale Werkzeuge im Unterricht sinnvoll eingesetzt werden können, führt die permanente Verfügbarkeit privater Geräte häufig zu Ablenkung und Belastung. Ein Verbot der Handynutzung kann daher einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lernumgebung leisten. Also: Vermittlung von Medienkompetenz, ja – Handynutzung, nein!

Technologie muss dem Menschen dienen

Auch beim Thema Sicherheit im Netz ist Augenmaß gefragt. Der Schutz von Kindern vor Missbrauch und die Bekämpfung illegaler Inhalte sind zwingend notwendig. Gleichzeitig dürfen Maßnahmen nicht in eine flächendeckende Überwachung der Bevölke-

rung führen. Wir brauchen keine ansatzlose Massenüberwachung, sondern eine zielgerichtete Untersuchung von Verdachtsfällen.

Mit dem sogenannten „Digital-Omnibus“ sollen bestehende Regelwerke vereinfacht und besser aufeinander abgestimmt werden. Der Abbau unnötiger Bürokratie ist klar zu begrüßen. Entscheidend ist jedoch, dass diese Reformen nicht zulasten von Schutzstandards wie dem Datenschutz gehen oder einseitig großen Plattformen zugutekommen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind auf klare, verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Mögliche Sonderprivilegien für Datenverarbeitung mit KI darf es nicht geben. Besonders kritisch sehe ich Ansätze, die Anforderungen an Hochrisiko-KI-Systeme zu lockern oder menschliche Kontrolle in sensiblen Bereichen zurückdrängen. Gerade in der Medizin oder bei sicherheitsrelevanten Anwendungen muss jederzeit gewährleistet sein, dass Entscheidungen nachvollziehbar bleiben und im Zweifel durch Menschen korrigiert werden können. Der Kommissionsvorschlag zum Digital-Omnibus zur künstlichen Intelligenz könnte zur Folge haben, dass Hochrisiko-KI-Systeme in medizinischen Anwendungen keiner menschlichen Aufsicht unterlägen. Dies ist aus Gründen der Patientensicherheit nicht hinnehmbar.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Eine zukunftsfähige Digitalpolitik muss Innovation ermöglichen und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Gleichzeitig muss sie klare Grenzen setzen, wo Grundrechte, gesellschaftlicher Zusammenhalt oder demokratische Kontrolle gefährdet sind.

Der entscheidende Maßstab darf dabei nie die technische Machbarkeit allein sein, sondern immer die Frage, ob eine Technologie dem Menschen dient – oder ihn zunehmend kontrolliert.

Gründung des Großverbands West



Foto: JÖ West

Der Vorstand der JÖ West (von links): Wolfgang Schaefer, Carolin Albrecht, Anouk Lentner und Roja Heinrich-Norden; nicht auf dem Bild: Jonas Helf



Die JÖ – jung. ökologisch wächst weiter: Mit dem Großverband West gibt es nun einen zweiten regionalen Zusammenschluss innerhalb der Organisation. Damit wollen wir Menschen im Westen Deutschlands noch besser miteinander vernetzen und gemeinsame Projekte rund um ökologische Themen anstoßen.

Die Initiative zur Gründung dafür entstand kurz nach Weihnachten aus dem Kreis engagierter Mitglieder. Im Januar wurde dann gemeinsam geplant, organisiert und vorbereitet. Ziel war es, vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz einen Verband zu schaffen, der die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland zusammenbringt.

Am 8. Februar 2026 fand in Nassau die Gründungsversammlung des Großverbands West statt. In der Wohnung unseres Bundesvorsitzenden Wolfgang Schaefer wurde in angenehmer und lockerer Atmosphäre die Satzung verabschiedet und der erste Vorstand gewählt.

Zur Vorsitzenden wurde Roja Heinrich-Norden aus Holzhausen an der Haide gewählt. Stellvertretende Vorsitzende ist Anouk Lentner aus Geisig. Komplettiert wird der Vorstand durch die Beisitzerinnen und Beisitzer Carolin Albrecht (Bendorf), Jonas Helf (Mainz) und Wolfgang Schaefer (Nassau).

Mit dem neuen Großverband möchten wir unsere Arbeit im Westen weiter ausbauen, neue Menschen für unsere Themen begeistern und gemeinsam Ideen entwickeln, wie ökologische Politik vor Ort gestaltet werden kann.

Wer also Lust hat, sich einzubringen und mitzumachen, ist herzlich eingeladen, sich uns anzuschließen!

- www.manuela-ripa.eu
- www.facebook.com/ripamanuela/
- www.linkedin.com/in/manuela-ripa-726437343/
- www.instagram.com/manuela.ripa/
- <https://bsky.app/profile/manuelaripa.bsky.social>
- <https://mastodon.social/@manuelaripa>
- www.youtube.com/@ManuelaRipa_MdEP

- Hier geht's zum JÖ-Mitgliedsantrag:
- www.t1p.de/joe-mitgliedschaft
 - JÖ – jung. ökologisch (Bundesverband):**
 - www.j-oe.de
 - www.instagram.com/jung.oekologisch/

Baden-Württemberg

Wahlergebnis bleibt hinter Erwartungen zurück

Die Landtagswahl Baden-Württemberg ist für die ÖDP enttäuschend verlaufen: 9.370 (= 0,2%) Wählerinnen und Wähler haben uns ihre Stimme gegeben. Die elf Direktkandidatinnen und -kandidaten haben zusammen genommen 5.701 Stimmen (= landesweit 0,1%) erhalten. Wir danken allen, die uns gewählt haben! Die einzelnen Ergebnisse finden Sie hier: www.oedp-bw.de/wahlen/landtagswahl-2026

Der Wahlkampf zur Landtagswahl Baden-Württemberg war zunehmend polarisiert und drehte sich am Ende nur noch um die Frage, wer Ministerpräsident wird. Letztendlich setzte sich Cem Özdemir der beliebtere der beiden Kandidaten durch. Die meisten anderen Parteien gieren bei dem Zweikampf zwischen den Grünen und der CDU und deren Ministerpräsidenten-Anwärtern unter die Räder, zumal sich Cem Özdemir – entgegen den Tatsachen – als parteiunabhängig präsentierte. Speziell für die ÖDP kommt erschwerend hinzu, dass die Grünen in Baden-Württemberg sehr pragmatisch agieren. Dass es bei genauerem Hinsehen deutliche Unterschiede zur ÖDP-Politik gibt, ist der breiten Öffentlichkeit schwer zu vermitteln.

Auswirkungen des neuen Wahlrechts

Bei der Bewertung des Wahlergebnisses ist zu bedenken, dass nach einem neuen Wahlrecht gewählt wurde: Bei dieser Wahl waren erstmals – wie in den meisten anderen Bundesländern – zwei Stimmen zu vergeben: die letztendlich entscheidende Zweitstimme für die Partei mit ihrer Landesliste und die Erststimme für den Direktkandidaten

bzw. die Direktkandidatin. 21 Parteien sind mit einer Landesliste angetreten, bei den vergangenen Wahlen standen gewöhnlich nur 10–15 Parteien auf dem Wahlzettel. Die Erklärung liegt auf der Hand: Für die Landesliste waren landesweit nur noch 2.000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Bisher waren es für einen flächendeckenden Antritt 10.500 (= 150 für jeden der 70 Wahlkreise), was in jeder Hinsicht ein riesiger Aufwand war.

Bei solchen Rahmenbedingungen war klar, dass wir auffallen und uns irgendwie durchsetzen mussten. Wir haben versucht, eine Zweitstimmen-Kampagne zu fahren, mit möglichst bekannten und angesehenen Direktkandidatinnen und Direktkandidaten. Auch haben wir die mehrdeutige „Wir haben genug“-Werbekampagne vorweg auf

Grafik/ Foto: Carina Menacker

Zahlreiche Bürgergespräche und Pommes-Wahlparty: Direktkandidatin Carina Menacker gestaltet ihre Wahlkampf besonders kreativ. Als Lohn erhielt sie beachtliche 1,4% Erststimmen (Zweitstimmen: 0,4%). Herzlichen Glückwunsch!

die gewünschte Wirkung getestet. Die politische Großwetterlage lief aber den kleineren Parteien mit dem Nahen des Wahltags immer stärker entgegen. Deutlich geworden ist, dass es – auch bei widrigen Wetterbedingungen – eines engagierten Wahlkampfes bedarf. Insofern danken wir für jede Art der Unterstützung!

Verbesserter Auftritt in den sozialen Medien

Die Landtagswahl hat aber auch Positives mit sich gebracht. Insbesondere sind die Weichen für einen professionelleren Auftritt in den sozialen Medien gestellt worden. Die positiven Entwicklungen werden wir Ihnen in der nächsten Ausgabe der ÖkologiePolitik vorstellen. An ihnen gilt es anzuknüpfen.

ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: 0711 6364644
info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: 07121 880104
matthias.dietrich@oedp-bw.de
www.oedp-bw.de



Foto: derfotostrahliger2018



Rolf Beuting

Auch in Murnau am Staffelsee verteidigte der amtierende Bürgermeister Rolf Beuting (ÖDP/Bürgerforum Murnau) den Chefsessel erfolgreich mit 66,7%.



Edith Lirsch

Ebenfalls zum zweiten Mal die Nase vorne hatte Edith Lirsch in der Marktgemeinde Triftern im Landkreis Rottal-Inn, diesmal mit 55,9%.



Robert Sedlmayr

Fast gleichauf lag Robert Sedlmayr mit 55,8% in Geltendorf im Landkreis Landsberg am Lech im Rennen um den Bürgermeisterposten nach 2020 auch 2026 wieder vorne.

Und mit dem Traumergebnis von 90,6% behauptete sich in Niedermurach

im Landkreis Schwandorf ÖDP-Mitglied Martin Prey für die Wählergruppe Aktive Bürger Niedermurach im Bürgermeisteramt.



Martin Prey

In der Stadt Mainburg im niederbayerischen Landkreis Kelheim gelang

Bayern

Kommunalwahl 2026: ÖDP zieht direkt in fünf bayerische Rathäuser



Anita Bogner

Herzliche Gratulation an unsere direkt gewählten ÖDP-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister! Souverän gewonnen hat erneut Anita Bogner in der Gemeinde Rain im Landkreis Straubing-Bogen mit 63,4%.



Annette Setzensack

ÖDP-Kreisrätin Annette Setzensack der Sprung in die Stichwahl. Sie erhielt im ersten Durchgang 27,1% der Stimmen und lag damit nur knapp hinter der Erstplatzierten. 38,6% der Wählerinnen und Wähler schenkten ihr dann in der Stichwahl das Vertrauen und

erteilten ihr somit auch den Auftrag für die neue Legislaturperiode, sich im Stadtrat und Kreistag bestmöglich einzubringen.

In Pfreimd im Landkreis Schwandorf in der Oberpfalz kam der ÖDP-Bürgermeisterkandidat Hubert Betz auf 19 % und lag damit auf Platz 2. Herausragende Ergebnisse erzielten darüber hinaus beispielsweise die ÖDP-Landratskandidatin Christina Treffler im Landkreis Erding mit 18,2 % sowie Bürgermeisterkandidat Tristan Billmann in Emskirchen im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim mit 14,1 % oder Franz Badura bei der Bürgermeisterwahl in Amberg mit 12,3 %. In der kreisfreien Stadt Passau erhielt Oberbürgermeisterkandidat Urban Mangold 10,6 % der Stimmen.

Die ÖDP-Landesvorsitzenden Agnes Becker und Tobias Ruff gratulieren allen gewählten ÖDP-Rätinnen und -Räten: „Unser Dank gilt allen, die kandidiert haben und damit bereit waren, sich für eine enkeltaugliche Zukunft einzusetzen und die Demokratie zu verteidigen“, betonen Agnes Becker und Tobias Ruff. Es sei eine Herausforderung und bewiese Mut, sich mit einer Kandidatur gegen den herrschenden anti-ökologischen Zeitgeist zur Wehr zu setzen und Parteien wie der AfD etwas entgegenzusetzen. „Leider sind Kommunalwahlen immer weniger Arbeitszeugnis für die Arbeit vor Ort, sondern zunehmend Protestwahlen gegen Landes- und Bundespolitik“, sind sich die beiden ÖDP-Chefs einig.

Trinkwasserversorgung vor kommerzielle Interessen!

Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser muss Vorrang haben vor sämtlichen anderen Interessen: Dafür haben sich mehr als 10.000 Menschen mit ihrer Unterschrift ausgesprochen. Eine entsprechende Petition mit dem Titel „Trinkwasserschutz als

Wolfgang Reiter



Manche Menschen hinterlassen eine sehr große Lücke. Die, die unser lieber Freund Wolfgang Reiter aus Erding hinterlässt, könnte größer kaum sein. Am 20. Februar – seinem 62. Geburtstag – ist er überraschend verstorben.

Wolfgang war 1989 Mitbegründer des ÖDP-Kreisverbands Erding und arbeitete als langjähriger Kreisvorsitzender für den Aufbau der ÖDP. Zuletzt leitete er auch als Vorsitzender der ÖDP Oberbayern die Geschicke des größten Bezirksverbands der ÖDP Bayern. Seine berufliche Kompetenz als Apotheker stellte er ebenfalls in den Dienst der ÖDP und agierte viele Jahre als gesundheitspolitischer Sprecher der ÖDP Bayern. Kommunalpolitisch engagierte er sich als Kreisrat von 1990 an, mit einer Unterbrechung, bis zu seinem Tod.

Diese simple Aufzählung bringt nur ganz unzureichend zum Ausdruck, was Wolfgang für die ÖDP tatsächlich geleistet hat, und welche Freude es war, ihn immer wieder zu treffen. Alle, die Wolfgang kannten, wissen, was für einen fantastischen Menschen wir verloren haben.

Zwei Tage vor seinem Tod durften einige von uns ihn ein letztes Mal beim Politischen Aschermittwoch der ÖDP Bayern in Passau treffen – so auch ich.

Lieber Wollli, danke für alles! Wir werden in Deinem Sinne weitermachen!

Agnes Becker,
ÖDP-Landesvorsitzende Bayern

Staatsziel in die Verfassung!“ hat die ÖDP Bayern beim Bayerischen Landtag erreicht. Darin fordern Tausende Bürgerinnen und Bürger die Landesregierung auf, eine Ergänzung der Bayerischen Verfassung auf den Weg zu bringen, um den Trinkwasserschutz als Staatsziel zu verankern und zu bekräftigen. Dem Gesetzgeber soll insbesondere aufgetragen werden, das Trinkwasser als öffentliches Gut in Gesetzgebung und Landesplanung zu definieren und als solches in besonderer Weise zu schützen.

„Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel“, betont Tobias Ruff, Gewässerökologe und Co-Landesvorsitzender der ÖDP Bayern. „Doch bei der Einführung des Wasserzents wurden alarmierende Zeichen gesetzt: Bürgerinnen und Bürger werden zur Kasse gebeten, während Großentnehmer sich in weiten Teilen gratis bedienen dürfen. Trinkwasservorräte dürfen auf keinen Fall als handelbare Güter privaten Interessen ausgeliefert werden.“

Volles Haus und tolle Stimmung beim Politischen Aschermittwoch

Schimpfen und Verteufeln geht leichter, als konstruktive Diskurse zu entfachen. Letzteres hat sich die bayerische ÖDP beim diesjährigen Politischen Aschermittwoch in Passau als vorrangiges Ziel gesetzt. Im 80. Jahr der Bayerischen Verfassung will sie deren Inhalte feiern, für diese werben und zu einer Art Hitparade der besten Artikel aufrufen. „Der Artikel 141 über den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist beispielsweise eine Kurzfassung großer Teile unseres Parteiprogramms: Besser kann man kaum formulieren, was ökologisches Handeln alles beinhaltet“, sagte die Co-Landesvorsitzende Agnes Becker vor rund 300 Gästen.

„Wenn wir glauben, dass ökologisches Verhalten uns selbst nicht nützt, sind wir falsch. Es nützt mir persönlich, wenn ich mich ökologisch ernähre, wenn ich mich dem Stress von übermäßigem Konsum nicht ausliefern. Und letztlich geht es um die Fra-



Foto: Josef Lang

ge: Wer wollen wir sein? Brandstifter, Gaffer oder Feuerwehrfrau? Ich will Feuerwehrfrau sein. Denn es brennt ganz gewaltig!“

Agnes Becker sprach außerdem über drei zerstörerische Tendenzen unserer Zeit: die Nebenwirkung des Ukraine-Kriegs, nämlich die Spaltung der Gesellschaft, die Missachtung des Rechts im Inneren und Äußeren und die leider wuchernde Meinung, dass wir in einem abstürzenden Land leben – eine vergiftete Botschaft der AfD. „Es gibt keine wichtigere Botschaft heute als diese: Wir sind nicht im freien Fall! Wir können mit den wunderbaren Mitteln der Demokratie alles ändern“, so die ÖDP-Bayern-Chefin.

Co-Landesvorsitzender Tobias Ruff betonte, dass die Menschen in diesen Zeiten ehrliche Antworten wollten – und zwar vor einer Wahl. „Keine andere Partei distanziert sich durch Klartext so sehr von Krawall und Klamauk wie die ÖDP. Es sei etwa keine ehrliche Antwort, zur Atomkraft zurückzukehren. „Jedes Atomkraftwerk braucht 30 Jahre Bauzeit, ist zu teuer und zu risikoreich. Was wir brauchen, ist kein populistisches Gewäsch, sondern Unabhängigkeit bei Energie und Mobilität.“ Die bayerische Landwirtschaft gerate derzeit massiv unter Druck – einmal durch das Mercosur-Abkommen, zum anderen durch eine Lockerung der Gentechnik-Gesetze auf EU-Ebene. Das Höfesterben vollziehe sich unter den Augen verantwortlicher Politiker und Politikerinnen.

ÖDP Bayern

Ronja Zöls-Biber,
Politische Geschäftsführerin
Tel.: 0851 20091961
info@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de



Brandenburg

Tesla – wir bleiben dran

Obwohl Tesla europaweit unter Imageproblemen und massiv sinkenden Absatzzahlen leidet, wird der Ausbau des Werks in Grünheide leider dennoch unvermindert vorangetrieben. Derzeit entsteht ein überdimensionierter Werksbahnhof für rund 250 Mio. Euro, zusätzlich werden weitere Waldflächen für neue Güterrangierbereiche und Autobahnerweiterungen gerodet. Vermutlich soll die Batterieproduktion in Grünheide ausgeweitet werden, um finanzielle Einbußen abzufedern. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie verantwortet werden kann, dass dort in unmittelbarer Nähe der kommunalen Trinkwasseranlage nachweislich mit Schwarzmasse-Material gearbeitet wird, welches verschiedene Metalle enthält. Bisher wurde stets behauptet, die eingesetzten Stoffe seien nicht wasserlöslich. Allerdings stuft das Landesamt für Umwelt (LfU) diese wie auch Kobalt als wassergefährdend ein.

Passend dazu luden wir bei guter Resonanz zu einer Filmvorführung zu dem investigativen Buch „Die Tesla-Files: Enthüllungen aus dem Reich von Elon Musk“ des „Handelsblatts“ ein. Zudem forderten wir einen massenhaften Rückruf, da sich nach schweren Unfällen mit Tesla-Autos die Türgriffe von außen nicht mehr öffnen lassen und die Fahrzeuge so im Brandfall für Insassen zur tödlichen Falle werden. Auch die Betriebsratswahlen bei Tesla begleiteten wir äußerst kritisch.

Weitere Informationen:

Pressemitteilung vom 26.02.2026: Vorbildliche Brandenburger Unternehmen zeigen, wie es geht – Tesla bleibt weit zurück; www.t1p.de/54v8w

Pressemitteilung vom 01.03.2026: Kinoabend in Berlin am 12. und 13. März mit Q+A von Andreas Pichler zu seinem „Elon Musk Uncovered: Das Tesla- Experiment“; www.t1p.de/thjlt

ÖDP Brandenburg

Thomas Löb, Landesschatzmeister
Tel.: 0175 9966701
info@oedp-brandenburg.de
www.oedp-brandenburg.de



Nordrhein-Westfalen

ÖDP NRW wird 2027 zur Landtagswahl antreten und setzt auf Politik der Mitte

Die ÖDP Nordrhein-Westfalen wird zur Landtagswahl 2027 antreten. Einen entsprechenden Beschluss fassten die Delegierten einstimmig auf einem digitalen Landesparteitag (LPT). Ebenso beschloss der LPT die Teilnahme des Landesverbands mit einer Landesliste bei der nächsten Bundestagswahl.

Grundlage für den Antritt zur Landtagswahl ist ein vom Landesvorstand erarbeitetes Arbeitspapier für ein künftiges Landeswahlprogramm. Darin formuliert die Landespartei zentrale politische Leitlinien für Nordrhein-Westfalen. Im Mittelpunkt stehen unter anderem der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, soziale Gerechtigkeit sowie eine stabile demokratische Ordnung. Das Arbeitspapier wurde an die Basis der Partei zur Diskussion überwiesen.

Thematische Schwerpunkte setzt dieser Entwurf dabei unter anderem beim Schutz von Wasser und Trinkwasserversorgung, beim Einsatz für bezahlbaren Wohnraum statt spekulativer Immobilienentwicklung, beim Ausbau einer verlässlichen Mobilität in Stadt und Land, bei der Stärkung der



Foto: ÖDP

Landwirtschaft als Partner von Umwelt und Gesellschaft sowie bei der Unterstützung von Familien und Bildung.

„Nordrhein-Westfalen braucht eine Politik, die langfristig denkt und Verantwortung übernimmt“, erklärt Jens Geibel, Landesvorsitzender der ÖDP NRW. „Wir wollen eine ökologische und soziale Alternative anbieten! Klar verankert in der Mitte der Gesellschaft und ohne jeden politischen Extremismus.“

Für das Volksbegehren „Böllerverbot“ werden in Kürze die erforderlichen Unterschriften zur Zulassung erreicht. Ziel der laufenden Initiative der ÖDP NRW ist es, durch Reglementierung der „Böllerei“ den Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt zu verbessern sowie Einsatzkräfte zu entlasten.

ÖDP Nordrhein-Westfalen

Jens Geibel, Landesvorsitzender
Tel.: 0151 17681612
info@oedp-nrw.de
www.oedp-nrw.de



Mobilfunk

Diskussion über aktuelle Entwicklungen

Der BAK Mobilfunk verfasste eine neue Version eines Kapitels über Mobilfunk für das Bundespolitische Programm, welches der Verantwortung unserer Vorsorgepartei für Gesellschaft und Mitwelt gerecht wird. Dafür wurde auch die Forderung nach einer gesetzlichen Altersgrenze von 16 Jahren für den Zugang zu sozialen Medien in Deutschland diskutiert. Im Gegensatz zu den derzeit laut werdenden Forderungen für eine Social-Media-Nutzung ab 14 Jahren hält der BAK Mobilfunk diese Altersgrenze für nicht angemessen, weil Jugendliche in dieser sehr sensiblen Phase noch nicht ausreichend auf Cybermobbing und Einflussnahme u. a. durch radikale Kräfte oder vorgegaukelte Ideale vorbereitet sind. Zudem kritisiert der BAK, dass durch die unregelmäßige Mobilfunkpolitik ein hoher volkswirtschaftlicher Schaden entsteht – sei es durch provozierte Krankheiten, sei es durch

Schäden in der Natur oder den Ressourcenraubbau.

Derzeit gibt der Ausbau der Gigabitinfrastruktur, wie ihn das Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung plant, Grund zur Besorgnis. An quasi jeder Häuserwand dürfen Betreiberfirmen Router für 5G und Weiteres anbringen, sobald dieses Gesetz verabschiedet ist. Den Zugang hierzu erhalten die Betreiber, indem sie einen Glasfaseranschluss am Haus errichten. Wir sehen hier Eigentumsrechte berührt. Gleichzeitig werden Gesundheitsaspekte im Referentenentwurf nicht benannt. Für den BAK, der Studien z. B. des Wissenschaftlichen Dienstes der EU zu 5G oder auch die ATHEM-3-Studie kennt, ist klar, dass hier Haltung gezeigt werden muss.

Vorstand BAK Mobilfunk



Christen in der ÖDP

Mitgliederversammlung im Kloster Huysburg

Die Vorbereitung eines ÖDP-Stands beim nächsten Katholikentag, der vom 13. bis 17. Mai in Würzburg stattfand, war im März ein Thema bei der Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises Christen in der ÖDP im Gästehaus des Benediktinerklosters Huysburg bei Halberstadt. Darüber hinaus beschäftigte sich die Gruppe mit dem 58. Psalm, in dem massive Drohungen ausgesprochen werden. Es ist nicht so, dass

die Bibel nur Gewaltverzicht fordert. Allerdings wird den gerechten Menschen immer auch der gerechte Lohn versprochen.

Am Samstagabend befassten sich die neun Teilnehmenden anhand des Films „Sophie Scholl – Die letzten Tage“ von 2005 mit den Themen Widerstand, Zivilcourage und Verantwortung. Zuvor unternahmen sie eine Fahrt nach Halberstadt, um das John-Cage-Orgel-Kunst-Projekt kennenzulernen und den Dom zu besichtigen. Schließlich wurden die Termine der nächsten Mitgliederversammlungen vereinbart.

Alexander Gebhardt

Maria Opitz-Döllinger Stiftung

Gemeinsam für eine gemeinwohlorientierte Gesellschaft

Die rechtsfähige ÖDP-nahe Maria Opitz-Döllinger Stiftung ist bereits im dritten Jahr ihrer Tätigkeit für politische Bildung und Umweltschutz. Bislang wurden 14 Förderprojekte mit insgesamt 42.641,66 Euro unterstützt. Auf dem letzten ÖDP-Bundesparteitag wurden alle Projekte vorgestellt. Die 2025 geförderten Projekte finden Sie in der ausführlicheren Online-Version dieses Artikels: www.t1p.de/gq4qj

Der Stiftungsvorstand wählt alle Förderprojekte nach sorgfältiger Begutachtung aus. Dabei bilden sozial-ökologische Kriterien stets das Fundament der Entscheidungen.

Im Frühjahr fand die vierte Klausur des Stiftungsvorstands statt. Neben dem Projektcontrolling, der Vermögensanlage, der Öffentlichkeitsarbeit und der Bearbeitung weiterer Förderanträge wurde die Vision der Stiftung unter der professionellen Anleitung des Stifters Michael Pelzl überarbeitet. In einem interaktiven Gruppenprozess entstand das folgende Ergebnis:

Unsere Welt ist geprägt von einem menschengerechten Miteinander unter Achtung der universellen Menschenwürde aller. Vielfalt, Wertschätzung und Respekt sind das gemeinsame Ziel unserer Gemeinschaft. Eine reine und intakte ökologische Lebensgrundlage bildet unser unumstößliches Fundament. Auf Basis dieser Werte sind wir Brückenbauer und Torbogen. Wir bieten allen Einbindung, Hilfestellung und Vernetzung auf dem Weg in ein gutes Leben für alle.

Für die dauerhafte Anerkennung der Maria Opitz-Döllinger Stiftung sind laut der zuständigen Stiftungsaufsicht weitere Zustif-

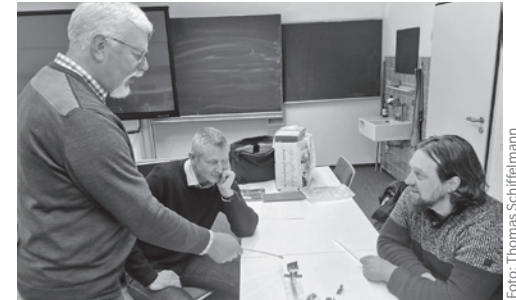


Foto: Thomas Schiffelmann

tungen (ab 1.000 €) nötig. Im Rahmen des Gründungsprozesses wurde – als Teil des geforderten Stiftungskonzepts – bis zum Jahr 2032 ein Aufwuchs des Stiftungsvermögens auf 500.000 Euro prognostiziert. Dieses Zwischenziel können wir jedoch nur mit weiteren großzügigen Zustiftungen erreichen.

Empfänger: Maria Opitz-Döllinger Stiftung
IBAN: DE19 3702 0500 0020 1993 61
Verwendungszweck: Zustiftung

Selbstverständlich erhalten Sie für Ihren Beitrag in das Grundstockvermögen der Stiftung umgehend eine Spendenquittung. Denn im Jahr der Zuwendung und in den folgenden neun Veranlagungszeiträumen können Sie jeweils bis zu 1 Mio. Euro im Jahr als Sonderausgabe steuerlich geltend machen (§ 10b Abs. 1a EstG).

Die Maria Opitz-Döllinger Stiftung leistet einen wichtigen Beitrag zu einer gemeinwohlorientierten Gesellschaft, denn sie setzt sich für die demokratischen Grundwerte der ÖDP ein. Daher würden wir uns über Ihre finanzielle Unterstützung sehr freuen.

Thomas Schiffelmann

Auch in einer „digitalen Stadt“ braucht es menschliches Engagement

Als eine der ersten Städte in Deutschland hat das hessische Darmstadt ein umfassendes Digitalisierungskonzept erarbeitet und 2017 den Wettbewerb „Digitale Stadt“ gewonnen. Seitdem wurden Bereiche wie der Verkehrssektor, die Energieversorgung, Schulen und das Gesundheitswesen mit digitalen Technologien ausgerüstet. Ein ÖDP-Mitglied gestaltet seit ein paar Jahren diesen Prozess mit.

Interview mit Falk Neumann

Bisher haben Sie sich als ÖDP-Mitglied in der Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD) engagiert. Können Sie nach der Kommunalwahl daran anknüpfen?

Die WGD stellt nach der Kommunalwahl 2026 ein Stadtverordnetenmandat. Aktuell sind wir an einer Fraktionsbildung.

Was haben Sie in der letzten Legislaturperiode erreicht?

Die Fraktion hat mehrere Initiativen und Anfragen im Klimabereich gestartet, z. B. zur Erweiterung des Fernwärmenetzes und zu umweltrelevanten Projekten wie dem Hallendach-Potenzial. Sie hat öffentlich auf Probleme hingewiesen, etwa bei der Rodung entlang des Waldkunstpfads oder bei umweltpolitischen Versäumnissen der Stadtregierung. Zudem hat sie sich für mehr Bürgerbeteiligung eingesetzt, u. a. durch die Förderung von Bürgerräten und/oder Ortsbeiräten – in Kooperation mit anderen Fraktionen, wie z. B. der SPD.

Was sind die aktuell wichtigsten Themen bei Ihnen im Ort/Landkreis?

Klima- und Umweltschutz, inklusive Begrünung und Photovoltaik auf Hallendächern, Reduzierung von Flächenversie-

gelung und Verbesserung des Mikroklimas; Qualität der Bürgerbeteiligung – Forderungen nach Ortsbeiräten und Bürgerräten, besonders in peripheren Stadtteilen wie Wixhausen, Arheilgen etc.; eine nachhaltige Verkehrspolitik – Vermeidung der ICE-Trasse nahe Wohngebieten und Förderung einer ganzheitlichen Verkehrswende; außerdem Kritik an Stadtplanungsentscheidungen, z. B. im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau und Projekten wie Aldi in Arheilgen oder Gewerbegebieten im Norden.

Welche Themen möchten Sie in der neuen Legislaturperiode angehen?

Vertiefte Bürgerbeteiligung, z. B. mehr Bürgerräte in der Innenstadt und neue Beteiligungsformate jenseits alter Strukturen; eine nachhaltige Stadtentwicklung – Begrünung, Energieeffizienz, Vermeidung weiterer Flächenversiegelung und zukunftsfähige Mobilität; eine klimagerechte Infrastruktur – kritische Begleitung von Großprojekten wie Gewerbegebieten oder Infrastrukturvorhaben; nicht zuletzt Transparenz und Stadtplanung – stärkere Kontrolle und Begleitung von Stadtentwicklungsmaßnahmen

Wir fordern indes von der kommunalen Wärmeplanung die explizite Nutzung von industrieller Abwärme, z. B. bei den zwei Rechenzentren in Darmstadt. Innovative Techniken wie KI sollten auf jeden Fall auf umweltschonende Ressourcen zurückgreifen können. Dabei wäre z. B. auch wünschenswert, die Internetstruktur so einzurichten, dass es keine Überlagerung gibt, also ein Netz für alle.

Welche Rolle spielt künstliche Intelligenz (KI) in diesem Zusammenhang bereits?

Künstliche Intelligenz wird im Rahmen einer öffentlichen Zugänglichkeit genutzt, insbesondere wenn dadurch der Magistrat (das sind hauptamtliche, gewählte Stadtratsmitglieder) mit allgemeinen Bekanntheiten beschäftigt wird. Zum Beispiel wurde bei der Diskussion um eine Sondernutzungssatzung der Sachstand zu wild parkenden E-Scootern in der Stadt durch die KI eruiert und konnte durch meine öffentliche Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung an den zuständigen Dezernenten zur Beantwortung vorgetragen werden.

Welche Chancen und Risiken sehen Sie beim Einsatz von KI in Stadtpolitik und -verwaltung?

Die Chance ist die Zeitverkürzung durch schnelle, automatisierte KI-Abfragen. Entscheidend ist aber, wie das Wissen aus der KI gelockt wird. Je besser der eigene Wissensstand ist und je präziser die Fragen gestellt werden, desto größer ist der Nutzen aus der Beantwortung. Damit kommen auch neue Sinnzusammenhänge ins Spiel. Es gilt allerdings zu vermeiden, personenbezogene Daten der KI mitzuteilen, weil diese gespeichert und vielleicht in einem neuen Zusammenhang in Beziehung gebracht werden können. Hier gilt es, mit der KI nur neutrale Personenbezüge herzustellen, also z. B. nur von „zwei Personen“ zu sprechen, ohne deren Namen zu verwenden.



durch fraktionsunabhängige Bürgerbeteiligung und sachorientierte Mitarbeit.

Ihre Wählergemeinschaft fordert: „Digitalstadt, aber richtig“. Inwiefern kann Digitalisierung einer nachhaltigen Stadtentwicklung dienen?

Etwa durch Abkürzung von umständlichen Antragswegen in der Verwaltung und in der Kommunikation miteinander. Wir wollen aber auch diejenigen nicht abhängen, die im analogen Raum unterwegs sind, wie viele von den Rentnerinnen und Rentnern, und fordern daher einen analogen Zugang zu den öffentlichen Nahverkehren, etwa bei der Bezahlung.

Digitalisierung mitgestalten

Der digitale Wandel hat bereits sämtliche Lebensbereiche erfasst. Er eröffnet ganz neue Möglichkeiten, die uns teilweise erfreuen, teilweise aber auch beängstigen. Als ÖDP möchten wir einerseits die Vorteile für eine nachhaltigere, gerechtere und demokratischere Gesellschaft nutzen und andererseits die Risiken eingrenzen. Je mehr wir sind, desto mehr können wir in diesem Sinne bewirken. Schließen Sie sich uns an!



Beitrittsantrag

Ich bin mindestens 14 Jahre alt und beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei als

- sofortiges reguläres Mitglied Schnuppermitglied¹
- Ich möchte zusätzlich Mitglied in der „Bundesvereinigung JÖ – jung. ökologisch“ sein.²

¹ Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

² Nur für Personen unter 36 Jahren. Wenn Sie gleichzeitig der ÖDP beitreten, zahlen Sie nur den ÖDP-Mitgliedsbeitrag, ansonsten 15,- Euro pro Jahr für die JÖ-Mitgliedschaft.

Pflichtfeld* bitte ausfüllen!

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Mobil/Telefon* _____

Beruf _____

Geburtstag* _____

Der Beitritt wurde mir empfohlen

von _____

Frühere und aktuelle Parteimitgliedschaft/-en (Partei/Zeitraum)*: _____

Ort, Datum* _____

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz

Nutzen Sie alternativ unser Online-Formular: www.oedp.de/mitgliedschaft



Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr)

- den Regelbeitrag von 10,- Euro pro Monat
- den Familienbeitrag von 11,- Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- den Seniorenbeitrag von 5,- Euro pro Monat
- den ermäßigten Beitrag von 1,- Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, Bürgergeld-Empfänger)

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von _____ Euro

Ich übernehme die jährlichen Kosten für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“:

- 20 € als Postsendung 10 € als PDF (digital)

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich ermächtige/Wir ermächtigen die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein/weisen wir unser Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

- jährliche Abbuchung halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber/-in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit dem Steuerausgleich werden unabhängig vom persönlichen Steuersatz 50 % des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Bitte vormerken!

09.05.2026 (Sa.)
Landesmitgliederversammlung der ÖDP NRW
in Bottrop
www.oedp-nrw.de

20.06.2026 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz in Cochem
www.oedp-rlp.de

16.–18.10.2026 (Fr.–So.)
67. ÖDP-Bundesparteitag in Chemnitz
www.oedp.de

07.11.2026 (Sa.)
ÖDP-Bundeshauptausschuss in Würzburg
www.oedp.de



Mehr ÖkologiePolitik

Scan me



Die ÖkologiePolitik ist im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20,- € (per Post) bzw. für 10,- € (per E-Mail) im Jahr abonnieren. Alle Infos erhalten Sie unter: www.oekologiepolitik.de/abonnement/

IMPRESSUM

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
1. Juli 2026

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei, Pommergasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de
Transparenz-Erklärung: oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel, Unstruttal/Thüringen
jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Interviewpartner:

Layout:

Grafikstudio Art und Weise, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz, Tel.: 06131 679820
redaktion@oekologiepolitik.de, www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE74 3702 0500 8152 00 | BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und der politischen Willensbildung.



ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.

ÖkologiePolitik weiterempfehlen
und abonnieren! Gedruckt oder online.
www.oekologiepolitik.de



Werden Sie Mitglied!
www.oedp.de

